

# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die westfälischen Arbeiter

**Reichsmord**  
in der  
**Schleiermacherstraße**  
Numerus siehe lokale Teil

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthlasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprecher: 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 55 52.

Beilagen: 17 Pf. Anzeigen unter der Woche, 20 Pf. Anzeigen unter der Woche, 25 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer. — Fernsprecher: 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 55 52.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückerstattet.

Rückporto beifügen

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 25. Mai 1932

Nr. 120

## Die Nazis verraten die Beamten zur Macht gekommen, kürzen sie sofort die Beamtengehälter

Die Nazis haben einen großen Teil der letzten Wahlkampagnen mit Angriffen gegen die Reichsregierung wegen der Herabsetzung der Beamtengehälter bestritten. Trotzdem hatten Nazi und Deutschnationale in Mecklenburg-Strelitz, durch ihre Demagogie zur Macht gelangt, kurz nach ihrem Regierungsantritt nichts Eiligeres zu tun als über die bisherige Kürzung der Beamtengehälter hinaus eine weitere generelle Kürzung dieser Gehälter durchzuführen.

der planmäßigen Beamten des Staates und der Gemeinden, soweit sie den Betrag von 5000 Mark übersteigen, erheblich gekürzt werden sollen. Die Stellensulagen sollen nach dem Naziantrag ganz fortfallen. Die Grundgehälter und Wohnungsgeldzuschüsse werden zwischen 5 und 10 Proz. gekürzt.

## Steuerzuschuß verlangt Wiedereinführung der Rückerstattungspflicht

Die Sozialdemokratie als Vorkämpfer der unbillig behandelten Lohnsteuerpflichtigen

Dafür haben aber die Deutschnationalen denselben Antrag erneut eingebracht.

Der Steuerzuschuß des Reichstags nahm am Dienstag den Antrag auf Wiederherstellung der Rückerstattungspflicht für zuviel gezahlte Steuern an. Im Verlauf der Beratungen begründete Abg. Dr. Herx (Soz.) die Notwendigkeit, die Erstattungspflicht wiederherzustellen. Die Aufhebung der Erstattungspflicht sei ein krasses Unrecht, durch das zwei Gruppen von Steuerzahlern geschaffen worden seien; die Gruppe der Veranlagungspflichtigen, die nur die gesetzlich vorgesehenen Steuern zu zahlen hätten und in besonderen Fällen Ermäßigungen auf Grund von Billigkeitserwägungen erhielten und die Gruppe der Lohnsteuerzahler, die über die gesetzliche Steuerpflicht hinaus belastet und der außerdem Billigkeitsermäßigungen verweigert würden. Wie groß das den Lohnsteuerzahlern zugefügte Unrecht sei, gehe am besten aus der Tatsache hervor, daß unter der Geltung der Erstattungspflicht von 1926—1930 rund 324 Millionen Mark zuviel erhoben seien und zurückerstattet werden mußten.

Neue Niederlage der Nazis  
SPD-Kandidat zum Bürgermeister gewählt — Starter Rückgang der Nazi-Stimmen  
Darmstadt, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)  
In dem heftigen Städtchen Zwingenberg wurde der von der SPD aufgestellte Bürgermeisterkandidat mit 702 Stimmen wiedergewählt. Bei der Präsidentschaftswahl wurden für Hindenburg 475 Stimmen abgegeben, während die Hindenburg-Parteien zusammen bei der Landtagswahl 1931 etwa 300 Stimmen erhalten hatten. Der Nazikandidat erhielt 337 Stimmen gegen 604 bei der Reichspräsidentenwahl und 541 bei der Landtagswahl, der Kommunist 134 gegen 174 bzw. 266 Stimmen.

## Heute Wahl des Landtagspräsidenten

Wahl eines Nazi wahrscheinlich, weil Kommunisten auch in der Stichwahl eigenen Kandidaten wählen.  
Am Mittwoch soll im Preussischen Landtag die Wahl des Präsidenten vor sich gehen. Eine Verständigung der Parteien ist darüber bis Dienstagabend nicht erzielt, übrigens auch nicht erstrebt worden. Nationalsozialisten, Sozialdemokraten Zentrum und Kommunisten werden deshalb voraussichtlich im ersten Wahlgang für ihre Kandidaten stimmen, so daß auf keinen die erforderliche absolute Mehrheit entfallen wird. Infolgedessen wird eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten werden, also zwischen dem Nazi-Kandidaten Kerll und dem Sozialdemokraten Wittmad, erforderlich. In diesem Wahlgang dürfte Kerll gewählt werden, weil die Kommunisten auch in der Stichwahl für ihren Kandidaten stimmen wollen.

Die Vorbereitung der Wahlhandlung wird Mittwoch vormittag im Vorkomitee des Landtages erfolgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ausgang dieser Verhandlungen eine Stichwahl ausschließt und ein Nazi-Präsident bereits im ersten Wahlgang gewählt wird. Das Zentrum erkennt den Präsidenten grundsätzlich der stärksten Fraktion, also den Nazis, zu. Es ist unter gewissen Voraussetzungen auch bereit, für den Nazi-Kandidaten zu stimmen. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, dürfte der Verlauf der Sitzung des Vorkomitees zeigen.  
Angeblich sollen sich die Nationalsozialisten am Dienstagabend bereit erklärt haben, wenn ihnen der Präsident zugestimmt würde, für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen. Selbst wenn sie in der Vorkomiteesitzung des Mittwoch die Erklärung abgeben, wird die sozialdemokratische Fraktion schwerlich auf diese Brücke treten können. Aussagen und Versprechungen von nationalsozialistischer Seite haben nur einen sehr geringen Wert, da beispielsweise Herr Sauer „diesem System“ gegenüber hundertmal sein Ehrenwort zu brechen bereit ist. Auch gebührt einer ausgesprochen verfassungstretenden Partei wie den Nationalsozialisten der Vorzug im Parlament nicht. Endlich haben erst in den letzten Tagen die Vorgänge in Anhalt, wo der neugewählte nationalsozialistische Landtagspräsident einen brutalen Übergriff gegen die Freiheit der sozialdemokratischen Presse begangen hat, klar erwiesen, daß die Nationalsozialisten diese wie jede andere Machtstellung, die man ihnen einräumt, lediglich mißbrauchen.

## Das Ergebnis von Klages Kulturpolitik

Wachsende Kirchenaustrittsbewegung  
Im Lande Braunschweig, wo die „positiven Christen“ seit 1 1/2 Jahren regieren, ist die Kirchenaustrittsbewegung fortgesetzt im Wachstum begriffen. Nach einer Mitteilung der braunschweigischen Regierung sind im Jahre 1930 insgesamt 2733 und im Jahre 1931 weitere 2984, insgesamt also 5717 Personen aus der Kirche ausgetreten. Ein erhebliches Verdienst daran fällt den nationalsozialistischen Pastoren des Landes Braunschweig zu.

## Der Auswärtige Ausschuß treibt Unfug Unsinnige Resolutionen in einer vertraulichen Beratung

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat die am Dienstag vormittag begonnenen Beratungen entgegen der anfänglichen Absicht bereits abends abgeschlossen. Die Verhandlungen endeten mit der Annahme mehrerer Entschließungen. So wurde mit 11 gegen 10 Stimmen ein Antrag der Nationalsozialisten angenommen, in dem die Reichsregierung erucht wird, die polnische Republik nicht darüber im unklaren zu lassen, daß jeder Angriff auf den Freistaat Danzig vom ganzen Volke als Angriff auf deutsche Lebensrechte betrachtet und dementsprechend beantwortet werde. Ferner wurde gegen die Stimmen der Kommunisten ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. Fell angenommen, der wie folgt lautet:

zu dienen, sondern vielmehr die Absicht, andere Parteien hineinzuwerfen. Diese anderen Parteien bringen dann, um der Entlarvungsstrategie ihrer Gegner zu begegnen, andere Anträge ein, die vielleicht weniger schädlich, aber dann eben nur desillustriertes Wasser oder weiße Salbe sind. Sachliche Motive sind auch bei ihnen selten vorhanden.  
Die angenommenen Anträge werden nicht Antragsteller und Stimmengähler veröffentlicht. Unbekannt bleiben, wenn die verfassungsmäßige Vertraulichkeit gewahrt wird, die abgelehnten Anträge, unbekannt bleiben die Erklärungen, mit denen die Parteien ihre Abstimmungen motivierten. So kann jede Partei in die Lage kommen, entweder ungerechte Vorwürfe auf sich sitzen zu lassen oder in der Notwehr die Vertraulichkeit brechen zu müssen. Der Ausschuß muß sich darüber klar werden, daß das auf die Dauer so nicht weiter geht. Entweder die Verhandlungen müssen öffentlich werden oder aber auch die Beschlüsse müssen vertraulich bleiben — es sei denn, daß über die Zweckmäßigkeit ihrer Veröffentlichung Einstimmigkeit besteht.

Ministerialdirektor Dr. Jarde hat den Antrag auf Wiederherstellung der Erstattungspflicht abzulehnen. Die von dem Abg. Dr. Herx beanstandete Aufhebung der Erstattungen aus Billigkeitserwägungen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung (alte Fassung § 108) sei nur eine Konsequenz der Beilegung der allgemeinen Erstattungspflicht gewesen. Im Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig geprüft, ob die von dem Abg. Dr. Herx angeregte Einführung von Lohnsteuererhöhungen möglich sei und ob durch die Ausdehnung des Lohnzahlungszeitraums für die Erstattung der Lohnsteuer die Erhebung von zuviel gezahlter Lohnsteuer vermieden werden könne.  
In der Aussprache beteiligten sich noch die Abg. Dr. Föhr-Baden (Ztr.), Rupp (Natio.), Dr. Echte (Chr. Soz.), Dr. Sorlafer (Bauv. W.) und Meier-Baden (Soz.). Alle Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Erstattungspflicht zuviel gezahlter Lohnsteuer grundsätzlich beibehalten werden müsse.  
Einstimmig wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung erucht wird, die Erhebungsform des Steuerabzugs vom Arbeitslohn mit größter Beschleunigung heranzuführen, um zu gewährleisten, daß die dem Steuerpflichtigen geleglich zuzustehenden jährlich steuerfreien Lohnbeträge und Familienermäßigungen laufend voll gutgebracht werden, eine Ueberzahlung der Steuer bei Verdienstaussfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ausgeschlossen wird und die Wiedereinführung der Erstattungen bei Verdienstaussfall entsprechend dem früheren § 93 des Einkommensteuergesetzes nicht erforderlich ist.

## Die Nazis geben klein bei

Sie ziehen den Antrag auf Wenderung der Geschäftsordnung zurück  
In der Erwartung einer schweren Niederlage hat die Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags ihren Antrag auf Wenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Vizepräsidenten am Dienstag zurückgezogen. Die Zurückziehung erfolgte ohne Begründung. Wahrscheinlich haben sich die Herrschenden zwischen ebenfalls davon überzeugt, daß ihrem Antrag kein Erfolg beschieden wäre.

1. Der Auswärtige Ausschuß hat Kenntnis genommen von der Erklärung des Herrn Reichs-Lanzlers, wonach die berechtigten Interessen unserer deutschen Volksgenossen in Memel und in Danzig gegen jeden unzulässigen Angriff nachdrücklich geschützt werden.  
2. Im Hinblick auf die das deutsche Volk empörenden Vorgänge in Memel und in Danzig erwartet demgemäß der Auswärtige Ausschuß, daß die Reichsregierung alle geeigneten Vorkehrungen trifft, um jeden Versuch einer erneuten Verletzung dieser Rechte und Interessen rechtzeitig zu unterbinden.  
Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Ausgang der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses folgendes:  
„Die Resolutionsmachelei im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags arbeitet immer mehr zum großen Unfug aus. Jeder ist zumeist gar nicht der Ansicht, dem deutschen Volk schädlich

Der nationalsozialistische Antrag über Danzig ist mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen worden. Der Ausschuß hat aber 28 Mitglieder, also müssen sieben nicht mitgestimmt haben. Wer mit Ja, wer mit Nein gestimmt hat, wer sich enthalten hat, kurz wie dieser ganze Unfug zustande gekommen ist, das alles gibt als vertraulich bekannt ist jedoch, daß  
der Reichs-Lanzler in öffentlicher Rede erklärt hat, die Gerichte von einem drohenden Angriff der Polen auf Danzig abzuhalten sei das höchste Verbot.  
Trotzdem wird der Reichsregierung zugemutet, ein konditionelles Ultimatum an die polnische Regierung zu

richten, bezogen auf einen Fall, der nach der Behandlung des deutschen Reichsanzlers gar nicht existiert.

Die Reichsregierung steht vor der Wahl, ob sie nach dem Wunsch von 11 der 28 Ausschussmitglieder sich für die lächerlich machen soll oder ob sie den Auswärtigen Ausschuss klammern soll, indem sie sich um seinen Beschluß nicht kümmert. Man muß ihr im Interesse des deutschen Volkes dringend raten, das zweite zu tun.

Der Ausschuss aber sollte aus dieser Position lernen und mit dem Unfug der unsichtbaren Resolutionsmacher aufhören.

A. Kr. Es braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden, daß mir die energischen Aufforderungen des „Vormärts“ zu dieser Resolutionsmacherlei des Auswärtigen Ausschusses in vollem Umfange unterschreiben. Auf der anderen Seite muß aber auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf hingewiesen werden, daß der Reichsanzler selbst durch seine außenpolitische Haltung in den letzten Jahren mit Schuld an dieser Entwicklung ist. Er hat durch seine teilweise schroffe Außenpolitik große Teile des Bürgertums selbst nationalistisch so stark beeinflusst, daß sich jetzt diese im Bürgertum außerordentlich weit verbreitete Stimmung gegen ihn selbst zu kehren beginnt. Es kann kein Zweifel sein, daß er durch diesen Beschluß des Auswärtigen Ausschusses in eine recht unangenehme Lage kommen muß. Denn selbst, wenn er sich entschließt, über den Beschluß hinwegzugehen, so muß der Beschluß doch die Haltung der anderen Mächte sowohl Polens selbst, als auch der im Völkerbundrat vertretenen Mächte, die über die Danziger Frage zu entscheiden haben, als endlich auch wieder Polens Verbündeter, vor allem Frankreichs, gegen seine eigene Politik einnehmen. Die Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses sind übrigens in bezug auf Memel noch besonders unsinnig, weil sie die Gefahr entstehen lassen, daß die in Litauen selbst in der Entwicklung begriffene Amorientierung in bezug auf die Memelfrage dadurch gestört wird. In den letzten Wochen hatte die litauische Regierung sich nach dem Wahlsieg der Deutschen in Memel deutlich umzustellen begonnen und eine verständliche Politik gegenüber den Memeldeutschen eingeschlagen. Der Wille der litauischen Regierung zur Verständigung mit den Memeldeutschen und zur Achtung ihrer Rechte kann durch einen solchen Beschluß des Auswärtigen Ausschusses sicherlich nicht gestärkt werden.

Auch sonst häufen sich in der letzten Zeit die Anzeichen dafür, daß Brünings schroffe Haltung in der Außenpolitik, insbesondere Frankreich gegenüber, sich gegen ihn selbst immer mehr auszuwirken beginnt. Wir haben gestern über eine Rede Herriots berichtet, die in dieser Beziehung völlig das bestätigt, was wir am Tage nach Pfingsten hier über die letzte Rede Brünings im Reichstag ausgeführt haben. Diese Erklärung Herriots, die er einem Redakteur des „Paris Midy“ gegeben hat, stellt eine Antwort Herriots auf jene Rede Brünings dar und beweist, daß sie bei den in Zukunft für die Außenpolitik Frankreichs entscheidenden französischen Parteien einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht hat. Es ist zwar richtig, daß Brünings in seiner damaligen Reichstagsrede nicht ausdrücklich die grundsätzliche Anerkennung der deutschen Reparations-schulden ausgesprochen, also nicht das Recht Frankreichs auf Reparationen formell bestritten hat, praktisch lassen seine Ausführungen aber doch darauf hinaus, wenn er überhaupt feststellen zu müssen glaubt, daß Deutschland nie wieder Reparationszahlungen in irgendwelcher Höhe wird leisten können. Wenn Herriot jetzt auch wieder, wie übrigens schon vor der Wahl, betont, daß über etwaige Zahlungsarrangements zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt erst dann diskutiert werden könne, wenn Deutschland die Schuldforderung Frankreichs grundsätzlich anerkennt, so ist das eine deutliche Zurückweisung jener Rede Brünings. Auf der anderen Seite kann man aber auch nicht sagen, daß Herriots Rede einfach die Fortsetzung der Außenpolitik Tardieus in sich schließt. In anderen Punkten zeigt Herriot vielmehr deutlich Entgegenkommen, und er läßt auch erkennen, daß er sich außenpolitisch anders zu orientieren gedenkt, als die Regierung Tardieu. In der Reparationsfrage hat Herriot ein wichtiges Zugeständnis gemacht. Er hat sich nämlich ausdrücklich vor dem Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, aufgestellten Forderung angeschlossen, daß der Streit zwischen Deutschland und Frankreich über die Höhe der bereits von

Deutschland geleisteten Zahlungen unabhängig von der Höhe der geschuldeten Zahlungen und die wirkliche Höhe dieser Zahlungen von ihnen festgestellt werden sollte. Das hat die Regierung Tardieu bisher und haben auch die anderen Regierungen Frankreichs in den letzten Jahren ständig abgelehnt. So zeigt diese Rede Herriots auf der anderen Seite auch deutlich, daß, wenn die deutsche Regierung eine verständnisvolle Außenpolitik treibt, eine solche, die auch die Lebensnotwendigkeiten Frankreichs zu berücksichtigen neigt und eine wirkliche Verständigung mit Frankreich erstrebt, durchaus Aussicht auf Erfolg hat. Gerade deshalb aber sollte Brünings sich außenpolitisch rechtzeitig umstellen. Nur dann wird seine Außenpolitik zu Erfolgen für Deutschland führen können.

### Kommunistisches Theater bei Landtagsbeginn

Kommunisten reden und reden

Berlin, 24. Mai.

Der neue Preussische Landtag trat am Dienstag nachmittag, genau einen Monat nach seiner Wahl, zu seiner Eröffnungssitzung zusammen. Lange vor Beginn der Sitzung sind die Tribünen überfüllt. Auf der Abgeordneten-Tribüne sind zahlreiche Reichstagsmitglieder erschienen.

Langsam füllt sich gegen 3 Uhr nachmittags der Saal. Beim dritten Klingelzeichen zieht die nationalsozialistische Fraktion geschlossen in den Saal ein. Die Nationalsozialisten werden von den Kommunisten mit Zurufen empfangen. Die Regierungsbank ist leer.

Um 3 1/2 Uhr der Saal bis auf den letzten Platz besetzt ist, begibt sich Alterspräsident Abg. Vikmann auf den Platz des Präsidenten. Er wird von Parteifreunden mit Heil-Rufen, von den Kommunisten mit Nieder-Rufen empfangen.

Der Alterspräsident erklärt: Ich eröffne hiermit die erste Sitzung des vierten Landtags. Ich bin am 22. Januar 1850 geboren, stehe also im 83. Lebensjahre. Ich frage, ob in dieser Versammlung jemand ist, der ein noch höheres Lebensalter aufweist. (Zuruf bei den Sozialisten: Unmöglich — Lachen.) Das ist nicht der Fall, also habe ich die Verhandlungen zu leiten, bis der eigentliche Präsident gewählt ist. (Erneute Zurufe bei den Komm.) Ich berufe als Beisitzer in den vorläufigen Vorstand die Abgeordneten Hintler (Kathol.), Haake (Kathol.), Pöschel (Soz.) und Frau Giese (Soz.). (Die berufenen Beisitzer nehmen zu beiden Seiten des Alterspräsidenten Platz.) Vor kurzer Zeit, so fährt der Alterspräsident fort, während ich das ganze Haus von den Plätzen erhebt, hat sich auf der Treppe vor dem Saal ein schweres Unglück ereignet. Infolge Bruchs des Giebelbalkens haben fünf Bergleute ihr Leben lassen müssen. Ich spreche wohl im Namen des Landtags, wenn ich hiermit den Hinterbliebenen das herzlichste Beileid des Landtags zum Ausdruck bringe, und danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben haben.

Der Alterspräsident teilt dann mit, daß außer der Klärung der Angelegenheit des Staatsministeriums von den Fraktionen bereits sehr zahlreiche Anträge eingebracht worden sind. Dann hebt er unter dem Gelächter der Kommunisten hervor, daß sich der neue Landtag eine Geschäftsordnung noch nicht gegeben habe, so daß zunächst die Bestimmungen der alten Geschäftsordnung Geltung hätten. Das bedeutet aber, so betont er, in keiner Weise die Ueberrahme der bisherigen Geschäftsordnung durch den jetzigen Landtag.

Auf Vorschlag des Alterspräsidenten beschließt das Haus dann die Einbringung eines Heilbeschlusses. (Lebhafte Zurufe von den Komm.) Kein Protest gegen Verfahren, Young- und Triantaphylliden! Kein Wort zur Arbeitslosenfrage!

Abg. Pöschel (Komm.) erklärt dann, während seiner Fraktion einen dreimaligen Rot-Front-Ruf ausbringt, das Wort zur Geschäftsordnung. Er bringt einen Antrag ein, zu dessen Begründung er zunächst ausführt, daß die Regierung Braun-Severing mit ihrem Rücktritt zum Ausdruck gebracht habe, daß sie eine andere Regierung an die Macht heranziehen wolle. Die Regierung Braun, so erklärt er weiter, will aber als geschäftsführendes Kabinett zunächst noch im Amt bleiben. Der Landtag hält es für notwendig, in schärfster Weise gegen diese Politik Stellung zu nehmen und das durch die Annahme des folgenden Antrags zum Ausdruck zu bringen: „Der Landtag spricht dem Geschäftsmministerium Braun-Severing das schärfste Mißtrauen aus.“

Wir halten es für nötig, daß der Landtag bei der ersten Gelegenheit diesen Willen zum Ausdruck bringt. Wir fordern, daß dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag angesehen wird und daß er sofort ohne Debatte angenommen wird.

Alterspräsident Vikmann: Sofortige Zustimmung über den Antrag ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Ich frage, ob der Antrag des Abg. Pöschel sofort behandelt werden soll.

Nur die kommunistische Fraktion erhebt sich, während die Abgeordneten der übrigen Fraktionen sitzen bleiben. (Lebhafte Zurufe und Lärm bei den Kommunisten.)

Alterspräsident Vikmann: Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch um 10 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidenten; 2. Bestellung des ständigen Ausschusses; 3. Festsetzung der Zahl der Mitglieder der Ausschüsse; 4. Beratung des Urtrages über die Fraktion auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete. (Zurufe bei den Kommunisten: Ist das alles? — Nochmal zurück, Herr General!)

Abg. Kaiser (Komm. — zur Geschäftsordnung) protestiert im Namen der Millionen Erwerbsloser gegen die vorgeschlagene Tagesordnung, die sich lediglich mit technischen Fragen des Landtags beschäftigt. Er beantragt, ferner auf die Tagesordnung zu setzen den Antrag auf Rückgängigmachung aller durch die Kommunalverwaltungen oder die Rotverordnungen anordneten Kürzungen der Wohlfahrtsbezüge, sowie des Urtrages auf sofortige umfangreiche Arbeitbeschaffung.

Da die Kommunisten auf einer Aussprache beharren, fündigt Abg. Klost (Soz.) Widerspruch seiner Fraktion an. Als der Alterspräsident die Frage stellt, wer Widerspruch erhebe, stehen aber mit dem Abg. Klost nur noch zwei Zentrumsabgeordnete auf. Der Alterspräsident stellt fest, daß der Widerspruch nicht ausreicht und die kommunistischen Anträge daher auf die Tagesordnung gesetzt seien.

Abg. Dr. von Winterfeld (Deutschnat.) beantragt: der gewählte Preussische Landtag möge dem bisherigen Kabinett Braun seine Meinung für die bisherige Geschäftsführung zum Ausdruck bringen. Der Landtag stelle fest: Die Verantwortung für die bisherigen Ministerpräsidenten und durch die bisherigen Minister, gleichgültig auf welcher formellen Rechtsgrundlage sie erfolgen sollte, entbehre des Vertrauens des Landtags.

Von den Sozialdemokraten wird Widerspruch dagegen erhoben, daß der Antrag auf die Tagesordnung am Mittwoch gestellt wird.

Die Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

### Das Preussenparlament als Nazi-Kajenenhof

„Zehn Minuten vorm Auftreten ist — Auftreten!“ An diese Kajenenhofblüte wurde erinnert, wer eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn die Wandelhalle des Landtags betrat. Die erste, hochgewölbte Raum gleich am Dienstag einen Kajenenhof auf dem eine neu ausgegebene Rekrutenmannschaft zum erstenmal antritt. Zu einem dichten Klumpen gedrängt — man konnte auch an einem um die Taille geknüpften Kissenstummel herum ballen sich dort 160 Mann mustulösen, hakenkreuzgeschmückten Volks. Militärgestalten einheitlichen Typs, diesmal allerdings nicht einheitlicher Uniform, wenn auch Schaffstiel und Knienhosen vorherzusehen.

Worauf warten sie? — Komische Frage: aufs Kommando. Endlich verkündet das Schnarren der Sirene den Sitzungsbeginn. Das Kommando ertönt, der Einmarsch kann sich vollziehen. Aber als der Architekt dieses Hauses hat bei der Erbauung den künftigen Kajenenhof des Landtags noch nicht gekannt: an der Engpass der Türen zum Sitzungssaal schert der Massenmarsch. Wie ein Sturmangriff an unvorhergesehenen Drahtgittern, in verpufft die geplante militärische Parade im Engpass der Türen.

Als der Alterspräsident, General a. D. Vikmann, auf dem Präsidentenstuhl erscheint, erheben sich die versammelten Mitglieder zu einer „Heil“-Demonstration. Dann müssen sie artig verhalten und das Theater geht an die Konfuzien nach außen hin. Bei jedem Satz wird der Alterspräsident von kommunistischen Zurufen — nicht gerade respektvoller Art — unterbrochen. Der alte Haudegen lacht schon überaus vor Provokationen auch nicht zurück. Hat er schon gleich beim Eintritt die „Heil“-Rufe seiner Fraktion mit Hochachtung erwidert, so verweigert er gleich zu Beginn seiner Rede eine politische Demonstration, indem er erklärt, daß sein Verfahren nach der bisherigen Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Er erklärt, daß die Erneuerung derselben für den neuen Landtag bedeute. (Deutlicher Hinweis auf die Wahl des Ministerpräsidenten.)

Sachlich geklärt hat diese erste Sitzung noch nichts. Sie war kurzes und höchstes Theater für ein Publikum, dessen geistiges Niveau von den Akteuren offenbar auf äußerstem Tiefstand eingeschätzt wird. Dem Denkenden lagte diese Sitzung mit, daß dieses Parlament wohl kaum arbeitsfähig werden wird. Die Sozialdemokratie hat sich an der ganzen Theaterpielerei nicht beteiligt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie Wesen und Pflichten eines Parlaments ernsthaft aufweist als die Leute, denen ein Spektakelstud für sensationell-hungry Tribünen Zweck und Zweck ihres parlamentarischen Wirkens ist.

### Aufhebung der Rotverordnung abgelehnt

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden am Dienstag sämtliche Anträge auf Aufhebung der seit 1930 erlassenen Rotverordnungen mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

## Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarissa Melner

(98. Fortsetzung.)

XVI.

### Die Stillen der Obrigkeit

Über die transkontinentale Grenze hinüber nach Butte, das glühend und dunkel wie ein Diamant im Dunkel auf den Hügel lag; nach Houma, wo es Wärme und eine Unversität gibt und einen Berg in jedem Konzenhof; durch die Flathead Agency, wo Indianer mit roten Decken aus den Wigwams hervortreten und die kleinen Kinder auf Mutters Rücken reiten wie in vergessenen Tagen, hinunter nach S. Ignatius, diesem italienischen Alpenstädtchen mit seinem alten Missionengebäude am Fuß von Bergen, die wie Himmelsmanera emporstehen, war Claire erst weinlich, dann nördlich gefahren. Sie legte an Flathead Lake vorbei, wo die Stadt von fünfzig Meilen herrlicher Berglandschaft im klaren Wasser spiegelt. Überall waren kleinen flachen Reizenfelder eingestreut, bebend im Rhythmus des Dreiecks der Klappzinnen Röhrichtern und im Kusligen des umherliegenden Strauchs. Doch viele Ministerfelder waren eingeschlossen von hell abblühenden Bergen.

Herr Holtwood bemerkte: Ich möchte lieber aus dem dichten Gebirge fliehen und über meine Felder auf jene Berge dort sitzen als König von England sein. Nicht vielleicht, daß er, wenn dieser Gebirge flüchtig zu erwerden trachtete. Über dem Berg trachtete er auch nicht, so viel man leben konnte, König von England zu werden.

Claire hatte Mühe seit ein und einhalb Tagen nicht mehr gesehen, seit ihrem Morgen nicht, da beide wegen Regen verlassen hatten. Sie wanderte sich, was guttun und Mühe für ein wenig beruhigen. Heute Abend, als sie eben schlief, ob sie noch bis Kälte kommen würde. Heute kam es zu kanadischen Grenze — sah sie eine Frau aus einem Haus am Fuß des Flathead Lake kam, auf die Straße kam. Die Frau hielt die Hand erprot. Claire sah die Berge an. Sind sie Fräulein Holtwood?

Das war ebenso verblüffend wie diese selbe Frage in einem anderen Dorfe geklungen hätte.

„W — arum? Ja.“

„Jemand versucht, Sie interurban telephonisch zu sprechen.“

„Wohin? Telephonisch?“

„Sie zitterte. Müde ist etwas angestochen. Er braucht mich!“

Sie konnte kaum sprechen, als sich die Telephonzentrale meldete und fragte: Hat jemand Fräulein Holtwood sprechen wollen?“

„Ja — dort Holtwood? Hier in Kälte verliert seit zwei Stunden, den Ort ausfindig zu machen, wo Sie zu erreichen sind. Hab die ganze Straße abgesehen von Butte bis Somers.“

„G — ut, I — bitte wachen Sie mich verbinden.“

Es war nicht Müde ruhig sanfte ein wenig fliegende Stimme sondern eine klare, energiereichere, überraschend bekannte Stimme, die endlich ertönte: Hallo! Hallo! Fräulein Holtwood! Ich höre nicht, zentrale, bitte besser verbinden. Fräulein Holtwood?“

„Ja! Ja! Hier ist Fräulein Holtwood!“ Sie verhielt sich stillstehend während einer langen, heftigen Kontroverse zwischen dem Unbekannten und der klaren Stimme aus der Zentrale, die von der englischen Sprache nichts zu wissen schien mit Ausnahme von: Die andere Partei ist hier. Warum sprechen Sie nicht? Sprechen Sie lauter!“

Dann kam ein deutliches: „Hören Sie mich jetzt?“

„Ja! Ja!“

„Oh hallo! Claire. Hier ist Jeff.“

„Wohin?“

„Nicht Jeff. Jeff. Geoffrey? I — c — f! Saxon!“

„Oh! — Er klingt wie ein Gelehrter. „Ja — ja — aber Sie sind doch in Kälte.“

„Nicht ganz meine Liebe. Ich bin in Kälte, Montana.“

Ein Knacken. Keine Antwort mehr auf Claires flehentliches Hallo. Sie hing den Hörer auf, sehr, sehr bedächtig. Es war ihr ungemein peinlich, sich ihren Zuhörern zuwenden und Herrn Henry B. Holtwood, Herrn James Warmberry, Frau James Warmberry und vier kleinen Warmbergs, durchschnittlich fünf einviertel Jahre alt, ins Antlitz zu sehen. Sie versuchte, die Warmbergs zu ignorieren, aber deren Schweigen war lärmend und antwortend, während Claire ihrem Vater berichtete. „Es ist Jeff Saxon! Er ist hier, um Kupferminen zu befehligen. Hat die Strecke per Telephon abgelehnt, um uns zu erwischen.“

Sagt, wir sollen mit dem Abendessen auf ihn warten.“

„Jeffas“, fiel Frau Warmberry ein, er hat mir aufgetragen, wenn ich Sie erwische, soll ich ein paar frische gebackene Hühnerbraten und Schlagobers vorbereiten — Jim Warmberry, gleich hinaus und schlag das Obers und steh nicht hier und gähne und gähne herum, und ihr, Kinder, schließt ab!“

Claire benutzte den Augenblick, da Herr Holtwood sich, wie gemein höflich war, aber ein wenig verwirrt, vor seiner Wirtin verneigte und schlüpfte zur Tür hinaus. Um das ursprüngliche Stillegebeten waren Reihen von Massen und Fellen zum Schließen und in einem überdachten und geschützten Vorbau mit der Aussicht auf Flathead Lake war das Speisezimmer. Die wenigen übrigen Gäste hatten ihr Nachtmahl beendet und waren in ihre Zelle gegangen.

Sie blüdete zum Seeufer hinunter und fühlte sich noch schwächer, noch mehr wie ein gefohltes und fortgeschicktes kleines Mädchen, dem man gesagt hatte, es dürfe erst zurückkommen, bis es wieder bran sein wolle, noch schwächer als drei Tagen, da Jeff einen Wald an die Hinterachse ihrer Reagen geknaggt hatte. Eine wichtige Darstellung ihrer Gedanken über Jeff Saxon hätte ein Labrynth ergeben. Claire brummte her: „Der liebe Jeff! So aufmerksam! Klug von ihm, daß er uns gefunden hat! Sehr gut, ihn wieder einmal zu sehen!“

# Regierung Bolz bleibt im Amt

## Staatspräsidentenwahl in Württemberg ergebnislos

Stuttgart, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die am Dienstagabend im Württembergischen Landtag verfaßte Wahl eines Staatspräsidenten verlief negativ. Die erforderliche absolute Mehrheit wurde von keinem der Kandidaten erreicht. Die Sitzung des Landtages begann mit einer Aussprache über umstrittene Fragen der Geschäftsordnung. Sie endete mit der Annahme eines vom Zentrum gestellten Antrages, die Geschäftsordnung des früheren Landtages mit Ausnahme von fünf besonders genannten Paragraphen vorläufig zu übernehmen und die umstrittenen Bedingungen einem Ausschuss zur Beratung zu überweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Dann wurden die Bestimmungen der Geschäftsordnung, die sich auf die Wahl des Staatspräsidenten bezogen, in aller Form und mit großer Mehrheit außer Kraft gesetzt. Für dessen Wahl gilt jetzt nur noch die Verfassungsbestimmung, daß der Landtag seine Beschlüsse „mit Mehrheit“ zu fassen hat.

Um dieses noch besonders zu unterstreichen, wurde vom Zentrum folgender Antrag gestellt: „Für die Wahl des Staatspräsidenten gilt folgendes: Der Staatspräsident wird durch den Landtag gewählt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Weiche Stimmzettel und solche mit Unlauterkeit werden nur bei Feststellung der Beschlußfähigkeit mitgezählt, nicht aber bei Feststellung des Abstimmungsergebnisses.“ Dieser Antrag wurde mit der gleichen Mehrheit gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und bei Stimmentzückung der Kommunisten angenommen.

Gegen 8 Uhr abends konnte schließlich in die Wahl des Staatspräsidenten eingetreten werden. Es beteiligten sich an ihr sämtliche 90 Abgeordnete. Stimmen erhielten Dr. Jonathan Schmidt (Natsoz.) 22, Dr. Bolz (Ztr.) 20, Keil (Soz.) 14, Ströbel (Bauernb.) 11, Köhler (Komm.) 7, Döhlinger (Dnat.) 4, Heiserle (Ztr.) 1, Körner (Bauernb.) 1. Die Wahl ist also da kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhielt, wie der nationalsozialistische Präsident Mergenthaler ausdrücklich feststellte, negativ verlaufen, so daß die bisherige Regierung Bolz vorläufig als Geschäftsministerium im Amt bleibt.

### Warum es in Württemberg zu keiner Regierungsbildung kam — Das Zentrum gibt das Innenministerium nur an verfassungstreue Parteien

Stuttgart, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das politische Verhältnis von Zentrum und Nationalsozialisten wird durch eine parteiamtliche Erklärung des württembergischen Zentrums beleuchtet, in der es anfänglich der ergebnislosen Verhandlungen über die Regierungsbildung wie folgt heißt:

„In der Montag-Sitzung der Parteien wurde von den Vertretern des Zentrums eine Erklärung abgegeben, welche die grundsätzliche Auffassung der

Partei über eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten darlegte. Es wurde gesagt, daß die Zentrumspartei bereit sei, die Teilnahme der Nationalsozialisten an einer Regierung der bürgerlichen Parteien unter Einfluß des Zentrums zu ermöglichen und den Nationalsozialisten einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß im Kabinett einzuräumen. Doch sei die Partei nicht bereit, den Nationalsozialisten das Innenministerium und das Staatspräsidium zu überlassen. Die Gründe, welche das Zentrum zu dieser Haltung bewegen, liegen auf der Hand. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf die Führung der Regierung und ein so wichtiges Ministerium wie das des Innern war schon im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Parteien nicht gerechtfertigt. Denn den 23 Mandaten der Nationalsozialisten würden in der Koalition sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Linken 36 Mandate der anderen Parteien gegenüberstehen. Zu diesen mehr äußeren Gründen kamen die noch wichtigeren Erwägungen politischer Natur. Man war sich im Zentrum von allem Anfang an darüber klar, was es bedeuten würde, an die Spitze einer Regierung einen Nationalsozialisten zu setzen und das Innenministerium mit dem Verfügungsrecht über die staatlichen Machtmittel und die Verwaltung ebenfalls in die Hände eines Nationalsozialisten zu geben. Wie hätte eine Partei wie die nationalsozialistische mit ihrer Stellung zum heutigen Staat und mit ihrer völligen Unerschrockenheit in verantwortungsbewusster Leistung dafür Bürgschaft leisten können, die ihr übertragene Verantwortung in einem Sinne zu verwalten, welcher der Verfassung entspricht? Niemand weiß, welche Entwicklung die Dinge im Reich in den nächsten schweren Monaten noch nehmen werden.

Um so mehr aber und auf jeden Fall muß die Zentrumspartei in den Ländern, wo sie Einfluß hat, dafür besorgt sein, daß die Machtmittel und die Führung des Staates in zuverlässigen Händen bleiben.

Man hätte es in weiten Kreisen des Volkes nicht verstanden, wenn das Zentrum in einer mit gefährlichen Entwicklungstendenzen so gefüllten Zeit das Ruder des Staates überlassen hätte, die keinerlei Gewähr für einen sicheren und verfassungsgemäßen Fortgang der Staatsgeschäfte bieten könnten.

Für die Nationalsozialisten freilich war die Forderung nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium ein bedingungsloses Verlangen. Die Entschiedenheit, mit welcher sie auf dieser Forderung bestanden, ließ das Zentrum erst recht ruhig werden. Auch einige andere von den verhandelnden Parteien hatten schwere Bedenken gegen die Pläne der Nationalsozialisten, wenigstens bezüglich des Innenministeriums. Man verrät kein Geheimnis, wenn man feststellt, daß die württembergischen Nationalsozialisten in ihrem Verlangen nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium nicht frei waren. Denn diese Forderung entspricht der politischen Linie des Braunen Hauses, die bei den Koalitionsoverhandlungen überall im Reich eingehalten werden soll. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf das Staatspräsidium und das Innenministerium also war es, an dem die Verhandlungen gescheitert sind.

# Eiserne Front fordert Arbeitsbeschaffung

## Riesenversammlung der Eisernen Front in Hamburg

Hamburg, 24. Mai. (Eig. Drahtb.)

Mit elementarer Wucht sind in Hamburg die Arbeitermassen für die neue Aktion der Eisernen Front zur Arbeitsbeschaffung vorgestoßen. Unter der Parole „Nicht Volk in Waffen, sondern Volk in Arbeit!“ fand in den größten Versammlungsräumen Hamburgs eine Rundgebung der Eisernen Front statt, die von mehr als 10 000 Mann besucht war. Unter den Teilnehmern war der Prozentsatz der jungen Arbeiter besonders stark. Karl Höllermann und Verbandsvorsitzender Scheffer riefen unter brandendem Beifall aller Versammelten den Staat auf, sich jetzt endlich zu durchgreifenden Maßnahmen zu entschließen und seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen.

Höllermann erinnert daran, daß in Hamburg die erste Versammlung der Eisernen Front stattgefunden und dann die Bewegung sich mit elementarer Gewalt über das ganze Reich ausgebreitet habe.

Von Hamburg gehe heute abwärts der Ruf in das Land, die gesamte Kraft der Arbeiterschaft anzusetzen für das Ziel: Eindämmung der Arbeitslosigkeit!

Die Eisernen Front sei nicht nur zur Wahlagitation da. Mit ihrer ganzen Kraft müsse sie sich zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stellen. Nicht: „Stillschanden!“ sondern „Arbeit Euch!“ — laute ihr Kampftrief. Mit aller Energie müsse vor allem der Kampf um die deutsche Jugend ausgenommen werden, und dazu gehöre, daß die Arbeiterschaft sich jetzt auch positiv zum Freiwilligen Arbeitsdienst bekenne.

Neben der Beschäftigung insbesondere für die heranwachsende Jugend — führte Höllermann weiter aus — müsse jetzt auch das Problem der Versorgung der Dauererwerbslosen vom Staat entschlossen angepackt werden. Denn es sei eine Illusion zu glauben, daß unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen noch alle Erwerbslosen jemals wieder in Arbeit kommen würden. Die Eisernen Front erhebe an die Reichsregierung die Forderung, sich jetzt ihrer Pflicht gegenüber den leidenden Massen bewußt zu werden, und auch den Satz der Reichsverfassung, daß Eigentum verpflichtet, zur Geltung zu bringen. Es gelte jetzt auch, die Arbeitsdienstpflicht der Produktionsmittel durchzuführen.

Die Ausführungen Höllermanns fanden insbesondere bei den vieltausenden jungen Zuhörern stürmische Zustimmung.

### Herriot wird ins Bild gesetzt

Paris, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Präsident der Republik empfing am Dienstag-Nachmittag um 4 Uhr Lardieu, Flandin und Herriot zu der angekündigten Unterredung über die gegenwärtige Lage. Herriot war bereits 20 Minuten früher im Gespräch erschienen und hatte eine kurze Vorbesprechung mit Lardieu. Nach Schluß der Aussprache, die über zwei Stunden dauerte, wurde vom Büro des Staatspräsidenten ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, daß Lardieu und Flandin dem Präsidenten der Republik und Herriot die Grundlagen der außenpolitischen und finanziellen Probleme aus einander gesetzt und Herriot mitgeteilt haben, daß sie ihm am Mittwoch alle notwendigen Dokumente übergeben und für alle weiteren Auskünfte zu seiner Verfügung stehen würden. Herriot und Lardieu lehnten beim Verlassen des Elysées jede Erklärung ab.

Paris, 25. Mai. (Eig. Funkbericht.)

Der „Temps“ teilt zu der gestrigen Unterredung im Elysee ergänzend mit, daß Lardieu dem zukünftigen Ministerpräsidenten Herriot vor allem das Reparations- und Abrüstungsproblem sowie das Donaubundprojekt auseinandersetzt und daß Flandin dazu einige technische Erläuterungen gegeben hat. Im Anschluß daran, hat Flandin Vortrag über die Kassenlage des Schatzamtes, über das laufende Budget und das Budget für 1933 gehalten. Nach dem „Petit Parisien“ ist auch über die Anleihe gesprochen worden, um die sich Vertreter Polens seit einiger Zeit in Paris zur Überwindung der Ultima-Schwierigkeiten bemühen. Es handelt sich um einen Betrag von 250 bis 300 Millionen Francs. In der Aussprache ist nach der genannten Zeitung die Frage aufgeworfen worden, ob das zurückgetretene Kabinett diese sehr dringliche Anleihe gewähren kann. Lardieu habe aber erklärt, daß ihm das als unmöglich erscheine, da die Regierung nur mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragt sei. Es werde also Aufgabe der neuen Regierung Herriot sein, über diese Anleihe zu entscheiden, gegen die, abgesehen von der sozialistischen Presse, auch einige radikale Zeitungen Stellung nehmen, da nach ihrer Ansicht Polen und den in gleicher Lage befindlichen ost- und mitteleuropäischen Ländern nur durch eine gemeinsame Aktion der Großmächte wirksam geholfen werden kann.

Am Dienstagabend hat Lardieu mit seinen Mitarbeitern die Dokumente vorbereitet, die Herriot übergeben werden sollen. Sie enthalten nach dem „Matin“ u. a. einen Ueberblick über die privaten Unterhaltungen, die Lardieu in Genu mit den Vertretern verschiedener Regierungen, hatte.

# Sächsisches Schandurteil am Branger

## Nebst Gesekwidrigkeiten im Fall Großenhain

Dresden, 24. Mai. (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag beschäftigte sich am Dienstag auf Grund eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Antrages mit dem Schandurteil in Großenhain, wo vom Schnellgericht eine Anzahl Reichsbannerkameraden, die einen Angriff von Nazis auf einen Reichsbannerzug abgewehrt hatten, zu schweren Justizhaustrafen und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden waren.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel übte an dem Verfahren und an dem Urteil scharfe Kritik. Der Landgerichtspräsident Koch, der in dem Prozeß den Vorsitz geführt habe, sei unter keinem Kalten bekannt, daß er die schwersten Strafen verhängte. Viele seiner Urteile seien deshalb von der höheren Instanz aufgehoben worden. Trotzdem sei er zum Vorsitzenden des Schnellgerichts ernannt worden. Der bürgerliche Abgeordnete Bauer sei in der Stadt Auerbach in

# Das ist der Dank des Vaterlandes bei den Nazis

Frankfurt, 24. Mai. (Eig. Drahtb.)

Das braunschweigische Staatsministerium hat gegen den sozialdemokratischen Ministerial-Oberinspektor Graf ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung angetrengt.

Graf wird vorgeworfen, in den Jahren 1928 und 1929 verschiedenlich das Diensttelefon benutzt zu haben. Er hatte aber von dem zuständigen Bürodirektor für Gespräche, die er als sozialdemokratischer Stadtvorordneter führte, die Genehmigung. Graf gehört zu den wenigen sozialdemokratischen Beamten, die man bisher noch nicht entlassen, pensionieren oder mahregeln konnte. Er ist alter Frontsoldat (Küdenmarschzug 80 Prozent).

Der „Dank des Vaterlandes“ wird von den Nationalsozialisten also in recht origineller Weise erstattet.

### Heinz Neumann kaltgestellt

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Abgeordnete Heinz Neumann, eines der einflussreichsten Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, kaltgestellt worden ist. Das „Tageblatt“ bemerkt dazu: „Wenn Neumann jetzt seiner einflussreichsten Stellung enthoben worden ist, so läßt das wohl den Schluß zu, daß sich auch die leitenden Köpfe der Dritten Internationale davon überzeugt haben, daß der von ihr verfolgte Kurs der KPD, und ihrer Anhängerhaft im ganzen keine Erfolge eingetragen hat und deshalb innerhalb der Grenzen der Parteitaktik eine gewisse Schwächung vollzogen werden soll.“

### Nazis beziehen in Wien Brügel

Wien, 28. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Der neugewählte Wiener Stadtrat, in dem die Sozialdemokratie eine Zweidrittelmehrheit besitzt, trat am Dienstag zum ersten Mal zusammen. Die 15 Nationalsozialisten waren bestrebt, ihren Radikalisierung im Reich unter keinen Umständen nachzugehen. Sie erschienen deshalb mit lärmenden Pfui-Rufen im Saal, wurden jedoch von der Zuschauertribüne und den sozialdemokratischen Abgeordneten mit einer derartigen Entrüstung empfangen, daß ihr Geschrei unterging und sie schnellstens ihre Plätze aufsuchten. Auf alle weitere Klamauferfolge antwortete die Mehrheit ähulich wie zu Beginn der Sitzung.

Während der Sitzung des Gemeinderats verjuchten Nationalsozialisten in den Straßen zu demonstrieren. Als sie sich schließlich in der Innenstadt anschauten, jüdische Geschäftshäuser zu küssen, wurden sie von den Passanten berart verprügelt, daß sie schnellstens die Flucht ergriffen.

### Herriot gegen Nazipresse-Ente

Paris, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die von nationalsozialistischer Seite verbreitete Meldung, daß sich verschiedene deutsche Politiker und Industrielle in Luxemburg mit Freunden Herriots treffen würden, um die Möglichkeit eines Abkommens über die Reparationen zu prüfen, wird von Herriot demontiert. Der Führer der Radikalen erklärte auf eine an ihn gerichtete Frage, daß er von dieser angeblichen Zusammenkunft nicht das geringste wisse.

### Dauernde Unruhen in Spanien

Madrid, 24. Mai. (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen Ortsteilen von Sevilla wurden von der Polizei wieder 47 Bomben entdekt. Die Behörden arbeiten fieberhaft an der Aufdeckung des großen terroristischen Komplotts.

In Zamora und Salamanca kam es zwischen der Polizei und Streikenden zu Feuergefechten. Eine Person wurde getötet. In den Orten Ferrol, Oviedo, Coruna und Vigo sowie in zahlreichen anderen Städten sind Streiks ausgebrochen.

### Das Wahlprogramm der NSD.-Sozialisten

- 5 Milliarden Dollar für Erwerbslosenunterstützung, 5 Milliarden Dollar für Notstandsarbeiten gefordert

New York, 25. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Auf dem in Milwaukee abgehaltenen Parteitag der amerikanischen Sozialisten wurde ein Wahlprogramm angenommen, das außer weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen u. a. die Forderung nach Bewilligung von 10 Milliarden Dollar durch den Bundeskongress enthält. Von diesem Kredit sollen 5 Milliarden für die Arbeitslosenunterstützung, die restlichen 5 für Notstandsarbeiten veranschlagt werden. Außerdem forderte der Kongress die Streichung sämtlicher Kriegsschulden unter der Bedingung, daß die Gelder nicht für Rüstungszwecke verwandt werden. Der Parteitag nahm schließlich noch nach heftiger Debatte Entschließungen zugunsten einer enger Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund und für den Widerstand gegen die Prohibitions-gesetzgebung an. Hilquit wurde als Parteivorstandiger wiedergewählt.

einer Kneipe von 15 Nazistrolchen überfallen und nichtig mißhandelt worden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Neuwies darauf hin, daß im Falle Großenhain die Anwendung des Schnellverfahrens unzulässig gewesen wäre, weil 82 Zeugen hätten vernommen werden müssen und es kein Verteidiger gar nicht möglich gewesen wäre, sich durch Attentat in der erforderlichen Weise auf die Verhandlung vorzubereiten. Die Angeklagten seien insbesondere in der Verteidigung beschränkt gewesen. Dem Staatsanwalt machte Neuwies Vorwürfe, daß er Entlassungsanträge gar nicht vernommen habe. Außerdem sagte er, daß als Richter ein junger Assessor mitgewirkt habe, während zum Schnellgericht nur erfahrene Richter zugelassen werden sollten. Der Sozialminister Wenzel erklärte, daß er sich auf die Erklärung, daß das Verfahren nach dem Gesetz es deshalb ab, darüber und über das Urteil der ersten Instanz etwas zu sagen. Die Urträge wurden schließlich dem Rechtsauschuss überwiesen.

# Direkt aus der Fabrik von Herzberg & Co.



Ostdeutschlands  
größte Likörfabrik  
**Herzberg & Co.**  
gibt die eigenen Fabrikate in 9 Fabrikniederlagen ab:  
Höfchenstraße 48  
Leubnerstraße 19  
Frankfurter Str. 103  
Gneisenauplatz 7  
Gräbischer Straße 66  
Bismarckplatz 17  
Michaelsstraße 3  
Selenkestraße 17  
Klosterstraße 64

Vom Fab. per Liter  
Breslauer 28%o . . . Mk. 1.80  
Breslauer 32%o . . . 1.90  
Rathaus-Crème . . . 2.20  
Weinbrand-Verschnitt . . . 2.60  
Weinbrand echt . . . 3.80  
Rum-Verschnitt 38%o . . . 2.85  
90%o Alkohol . . . Mk. 4.80

Liköre  
vom Faß, p. Liter p. Flasche inkl. Glas  
30%o Nk. 2.80 Nk. 2.20  
Leuchtkäfer, Anisette, Bergamotte-Aroma, Kümmel, Pfefferminz  
35%o Nk. 3.60 Nk. 2.90  
Prünelle, Danziger Goldwasser, Curacao, Stonsdorfer, Bitorange, Kurfürsten, Halb und Halb, Cherry Brandy, Ingwer - Magen usw.

Extraktive Liköre  
mit Flasche  
Elscreme . . . Mk. 2.90  
Annaberger . . . 2.40  
Alpenkräuter . . . 2.40  
Abteikräuter . . . 3.50  
Noisette . . . 2.90  
Eiskümmel 50%o . . . 4.—  
Boonekamp 48%o . . . 4.—  
Lebenstropfen 50%o (für Magenranke) . . . 4.—  
Himbeersaft Liter Mk. 1.20

Deutscher Weinbrand  
hergestellt aus französ. Weinen.  
Medizin Im Hause  
Weinbrand-Verschnitt . p. Fl. 2.15  
Echter Weinbrand . . . 3.00  
Alter Weinbrand . . . 4.00  
Weinbrand ganz alt . . . 5.00

Keine Destillen mit sitzenden Güten, sondern Fabrik-Verkaufsstellen!

Krampfadergeschwüre,  
Wunden aller Art, Flechten,  
Hämorrhoiden, Hautjucken  
heilt die vielbewährte  
**Hell- u. Kohlsalbe**  
hautbild., schmerz-, juckstillend  
**Hygiea-Apothek**  
Breslau, Tauentzienstr. 91,  
Ecke Grünstr.

**STADTHEATER**  
Mittwoch, 20 bis geg. 22.30  
**Der Zoubaour**  
Donnerstag, 20 bis 22.45  
**Söhmanns Erzählungen**  
Freitag, 20 bis 22.45  
Abonn. u. Vorstellung C 16  
**Spiel oder Ernst?**  
**Coppelia**



**Berzliche Bitte!**  
Stellung. jung. Kaufmann,  
Republik, bietet um freitl.  
Off. unt. B. 79 a. d. „Volkswacht“,  
Sturstraße 4, erbeten.

**la Spanen-**  
**befehl**  
Schnell und billig  
**Schuhreparatur Snay,**  
Goldeneradegasse 23.

**Suchen Sie Geld?**  
wie 1., 2. Hyp., Betriebkap.  
u. u. Kofent. Ausf. durch  
**Otto Lange, Breslau 2**  
1021 Palmstraße 27.

**Die kleine Anzeige**  
die Du aufgeben mußt,  
wenn Du mieten, ver-  
kaufen und lernen willst,  
gehört in Deine Zeitung  
**in die Volkswacht!**  
Dort ist sie billiger als  
in der bürgerlichen Presse  
und bringt Dir  
**bestimmten Erfolg!**

**Bitte**  
bei allen Einkäufen  
stets die Inserenten  
unserer Zeitung zu  
berücksichtigen

**Ganz billige**  
**Waren**  
Morgen:

- Herren-Waschjoppen** 2.45  
grünl. Stoffe, offen u. geschlossen  
zu tragen, alle Größ, vorrät., Stück
- Herren-Tennishosen** 2.95  
hellgestr., mit Umnäht., Gesäß- u.  
Uhrtasche, gut verarb., kl. Plättchenl.
- Damen-Linon-Berufs-**  
**Mäntel** 1.68  
angest., weiß, nur in kl.  
Größ. 38 u. 40, lang. Arm
- Herr.-Stehumlegekrag.** 10 Pf.  
richt. Form., 4lach Mako, folg. Weite,  
Gr. 34, 35, 36, 42, 43, 44, 45, 3 St. 25 Pf., St.
- Knaben-Gummi-Hosen-**  
**träger** 28 Pf.  
gute Lederausstattung Paar
- Herren-Sportmützen** 48 Pf.  
fesche, mod. Form, engl.-art. hellgemust.  
Restestoff, alle Größ, 3 Ser., St. 88, 68
- Dam.-Gummi-Badeschuhe** 95 Pf.  
in stark. Gummi, in blau gemust.,  
nur in Größen 34-39, 1 Paar
- Kinder-Hallenturnschuhe** 40 Pf.  
schwarz m. rot. Gummi, in u. Gummi-  
spanne, Gr. 31/35 Paar 55, Gr. 25/30 P.
- Dam.-Schlüpfer** 1.45  
s. best. u. feinst. Kunstseid., i. d. Wäsche  
nicht einlaud., Gr. 42-50, mit kl. Fehl.
- Hochwert. Wäschestickereien** 7 Pf.  
schmale in feinsten neuen Mustern, ca. 3 cm  
breit . . . . . Meter 10
- Mädch.-Stick.-Hemdosen** 48 Pf.  
fein garniert, mit Klöppelspitze  
Gr. 70/80 St. 98, 55/65 68, 45/50
- Molton-Decken** 58 Pf.  
mit kleinen Fabrikkfchl.  
in verschied. Qual., ca. 120/175 cm  
Stück 85 Pf., ca. 110/155 groß Stück
- Annähfüße** 18 Pf.  
feinlädige, mit ver-  
stärkter Ferse und  
Spitze, in farbig und schwarz, für  
Damenstrümpfe . . . . . Paar
- Groß. Linon-Taschentüch.** 15 Pf.  
gesäumt, gebrauchstert., ganz w. od. m.  
bunt. Kant., m. klein. Webefehl., Stück
- Angestaubte Waschkleider** 1.45  
nur in guten Formen, mit und ohne  
Arm . . . Stück 3.50, 2.50, 1.85

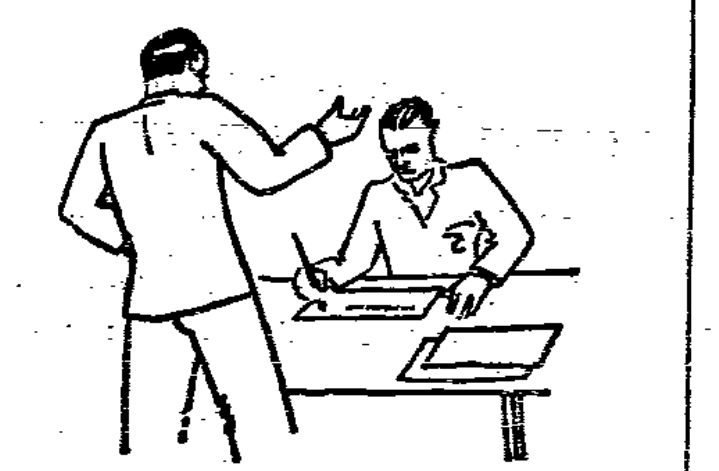
**Familien-Anzeigen**

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Am Montag, den 23. Mai, verstarb unser lang-  
jähriges Mitglied, der Tischler-Invalide  
**Paul Schleicht**  
im Alter von 71 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Donnerstag, den 26. Mai, nach-  
mittags um 5.30 Uhr, von der Leichenhalle des  
St. Barbarabriedhofs in Cosel. 1637

**Gesamverband der Arbeitnehmer**  
Abteilung Straßenbahn  
Am Montag, den 23. Mai, verstarb unser weres  
Mitglied, der Straßenbahnbeschäftigter  
**Hermann Metzner**  
im Alter von 30 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung Breslau.**  
Beerdigung: Donnerstag, den 26. Mai, 15 Uhr,  
von der Halle des Krematoriums in Gräbchen.

**Achtung! Achtung!**  
**Auto-, Motorrad- u. Radfahrer**  
Die Auffahrstraße ab Fasanen nach dem  
**Kaffeehaus Goldschmieden**  
ist neu gebaut und dem Verkehr übergeben.  
Besitzer: J. P. Trenner.

**Brauchst Du Geld,**  
**Sel ohne Sorgen,**  
**Leihhaus Wachtel**  
Wird Dir borgen  
Geld auf Pfänder aller Art  
Schmiedebrücke 64/65, 1. Etage — Tel. 242 19



**So geht das nicht weiter!**  
Wir haben an der falschen Stelle gesparrt,  
unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt.  
Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen  
wieder in der unentbehrlichen Volkswacht!

Die große Funkillustrierte  
für das schaffende Volk:  
**VOLKSFUNK**  
Reich illustrierter Textteil,  
mit großem Europoprogramm  
**VOLKSFUNK**  
Erscheint wöchentl., 48 Seiten  
stark, in Kupfertiefdruck  
**VOLKSFUNK**  
Einzelnummer 25 Pf., monatl.  
96 Pf. einschließl. Bestellgeld  
Bestellungen bei den Zeitungsträgern

**LOBETHEATER**  
Täglich 20.15—22.10  
**Bestern und heute**  
Sonntag 20.15 und täglich  
**Marguerite : 3**  
**THALIA THEATER**  
Täglich 20.15—22.15  
**Der Tag 3.**  
Sonntag, 20.15 u. täglich  
**Reizend im Paradies**

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**Für Stillhees**  
und Matrigen, die  
innerhalb 14 Tagen  
nach Ablauf des  
Heilungsbefehls  
ausgegeben, sind  
Gewähr für Aufbe-  
wahrung nicht über-  
nommen werden.  
**Berlag**  
der  
**Volkswacht**

Die „Frauenwelt“  
den Frauen zum Lesen,  
Denken und Schauen!

**Frauenwelt**  
eine Halbmonatsschrift für die  
Frau des schaffenden Volkes.  
Preis 30 Pf. Zu bestellen  
bei allen Zeitungsträgern

**FAHRSCHULE KLEIST & CO.**  
Schloßplatz 6 (Platz der Republik) Telefon 57916

## Werden unsere Köpfe rollen?

„Die Nacht nach dem Siege gehört euch SA-Leuten, sie wird die Nacht der langen Messer sein!“  
Dr. Frick (NSDAP.)

Die wilden Männer vom Hakenkreuz bringen dieser blutrünstigen Parole gewiß die wärmste Sympathie entgegen, aber so schnell geht das nun doch nicht! Schließlich sind wir ja auch noch da, und die Frage wäre: Wer im Bedarfsfalle besser rollen kann, sie oder wir. Aber, im Interesse welcher Gruppen propagieren die Nazis denn eigentlich Terror und Bürgerkrieg? Wer bezahlt die hemmungslöse Mordhetze der braunhäuslerischen Lügebläse, wem liegt daran, braune Mörder an die Macht zu bringen? Das mußt du wissen! Das ganze Volk muß es wissen! Lies die ausgezeichnete Broschüre „Nach der Nacht der langen Messer“, und du weißt Befehd! Eine glänzende Abrechnung mit den nationalsozialistischen Volksverrättern! Eine überzeugende Dokumentensammlung, die auch dem Sturften und Mißtrauischten einleuchten muß! Hier siehst du, was die Maulheiden vom Hakenkreuz in Wirklichkeit sind: Geschäftstreibende der Kuponfchneider, Aktienspekulanten, Devisenräuber und Lohnräuber! Du mußt dir die Broschüre „Nach der Nacht der langen Messer“ kaufen. Sie ist 32 Seiten stark und kostet nur 10 Pfennig. Die ersten hunderttausend Exemplare sind fertig. Komm rasch zur Volksbuchhandlung, wir haben auch für dich eine Broschüre.

Ganz hochwertige  
**Weißwaren**  
Kragen, in den von der Mode so bevor-  
zugten Formen, Fichu, Plastron, Jabot usw.  
Westen, Kleiderinsätze, Garnituren  
in Georgette, Crêpe de Chine, Marocain  
und Rips, reich mit Stickeret v. Luftspitzen  
garniert, ohne Rücksicht auf die  
regulär weit höheren Preise,  
zum Selbstausuchen.  
jedes Stück . . . 95, 65, 45 25 Pf.



## Breslauer Nachrichten

### Zu neuem Kampf

#### Wichtige Kundgebung der Funktionäre der Eisernen Front

Dicht besetzt war Montagabend der große Saal des Gewerkschaftshauses. Schon eine Stunde vor Beginn der Kundgebung hatte die Vollmusik des Reichsbanners schneidige Märsche.

Als die vielen Fahnen und Banner der Partei, des Reichsbanners und der Gewerkschaften einzogen, herrschte große Begeisterung. Die Eisernen Front ist nach kurzer Kampfpause wieder zur Stelle, um dort erneut mit noch größerem Kampfeswillen einzufolgen, wo vor den Wahlen ihre Arbeit aufgehört hat.

Für die Gewerkschaften sprach dann Kamerad Kuffert. Er erklärte, daß wir in Deutschland vor dem Chaos stehen. Die Macht der Arbeitslosen steigt und die Gewaltigen der kapitalistischen Wirtschaft zeigen sich mehr denn je unfähig Wege zu gehen, die aus dem Chaos führen könnten. Viele allein möglichen Schritte zur Verringerung der Arbeitslosigkeit haben die Führer der Arbeiterbewegung schon längst gezeigt, sie werden aber erst dann immer beschritten, wenn es beinahe zu spät ist. Die Gewerkschaften und die Partei sind nun erneut mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm hervorgetreten. Mit diesem Augenblick ist in der gesamten bürgerlichen Presse ein Sturm gegen die Gewerkschaften eingeleitet. Doch die Eisernen Front wird sich nicht ange machen lassen durch das Geschrei auf den Straßen. Sie wird stärker denn je für ihre Ziele kämpfen. Und wenn es einst nur auf hart gehen sollte, dann wird es sich zeigen, daß Arbeiter eine bessere Handhabung haben, als die nazionalistischen Patrone, Hinterschützer und Heringsbändler.

Danach sprach Kamerad Junke für das Reichsbanner. Er forderte die Massen auf, Beharrlichkeit und Begeisterung für diese Ziele mehr als bisher zu zeigen. Diese Ziele und das, was wir schon erreicht haben, gilt es herauszustellen.

Für die Partei sprach Kamerad Zimmer. Er zeigte besonders die politischen Schwierigkeiten in der Regierungsbildung in Preußen auf. Er zog die Folgerungen für uns für einen Fall, wenn die Nazis eine Regierung in Preußen zusammen mit dem Zentrum aufzubringen sollten. Wie sich aber auch die Dinge immer gestalten mögen, die Eisernen Front kann ihnen in Ruhe entgegensehen. Darauf machte der Redner auf die Bedeutung der Werbemaschine für Partei und Parteipresse aufmerksam. Es ist die Pflicht jedes einzelnen Kameraden der Eisernen Front, hier zu werben und mitzuarbeiten. Auch er schloß sein Referat mit dem Bewußtsein, daß die Eisernen Front mit allen Mitteln die Freiheit verteidigen wird.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen durch den Vorsitzenden der Kampfleitung, Kamerad Herzmann, stimmten die Massen, die den Rednern begeistert Beifall gezollt hatten, ein in unser Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Unter dem Beifall der Teilnehmer verließen hierauf die Banner den Saal.

So steht die Eisernen Front gewappnet zu neuen Kämpfen. In ihr wird die Ministerarbeit der Gegner zerschellen. Auf ihrer Seite steht das Recht, auf ihrer Seite steht die Staatsidee und sie wird siegen!

### Zweierlei Maß?

#### Sollten wirklich Magistratsmitglieder allein Entschädigung für Gehaltsstürzungen erhalten?

Wie durch eine Anfrage in der letzten Stadtverordnetenversammlung bekannt wurde, sollen die Breslauer besoldeten Magistratsmitglieder einschließend der Bürgermeister für die durch die erste Notverordnung vorgenommenen Kürzungen eine einmalige Beihilfe als Entschädigung erhalten. Die Beträge, die von 700 bis 1400 Mark bewegen, sind als Entschädigung für Absätze in der Zeit vom November 1931 bis Ende Mai 1932 gedacht. Dieser Beschluß soll sich angeblich auf einen ministeriellen Erlaß vom 11. April dieses Jahres stützen und in anderen Städten Preußens ebenfalls schon zur Durchführung gekommen sein. Wie wir erfahren, hat die Breslauer Regierung von einem solchen Beschluß des Magistrats keine Ahnung und dürfte ihn auch nicht billigen. Die Ausschaltung dieser „Nachbewilligung“ soll noch nicht erfolgt sein. Das Städtische Presseamt hat es bisher noch nicht für notwendig befunden, die Presse über diese doch immerhin einiges Aufsehen erregende Sache Mitteilung zu machen.

Sollte dieser Beschluß in der obenstehenden Form gefaßt worden sein, so müßte ganz entschieden dagegen Stellung genommen werden. Es geht wirklich in der heutigen Zeit nicht an, wenn ausgerechnet die bestbezahltesten Beamten unserer Stadt ihre Gehaltskürzungen auf diese Art kompensieren. Ganz gleich ob ein solcher Ministerialerlaß zu Recht oder Unrecht besteht, wird es in allen Teilen der Bevölkerung nicht verstanden werden, wenn eine allerspätestens an Zahl geringe Gruppe von Beamten solche Beihilfen in Empfang nimmt. Man würde es auch in Regierungskreisen mit Recht mißverstehen, wenn ausgerechnet in der notleidenden Stadt Breslau solche Vergütungen ausbezahlt werden. Wir können auch dann nicht diesen Beschluß billigen, wenn unsere Magistratsmitglieder — wie es in solchen Fällen üblich ist — einen solchen Betrag unseren gemeinnützigen Organisationen, also der notleidenden Bevölkerung zu leisten.

### 1000 Mark Belohnung ausgesetzt

## Raubmord in der Schleiermacherstraße

#### Hausbesizers-Ehefrau bestialisch erschlagen — 300 bis 400 Mk. und alte Schmuckfachen geraubt — Dem Mörder noch nicht auf der Spur

Gestern Abend um 8 1/2 Uhr fand der Oberpostkammerer und Hausbesitzer Schubert bei seiner Rückkehr in seine im Hause Schleiermacherstraße 6 gelegene Wohnung seine 59-jährige Ehefrau Selma Schubert ermordet im Entree liegend. Der Frau war der Schädel vollständig zertrümmert worden. Da zugleich alle Behälter der Wohnung durchwühlt und Geld und Schmuckfachen geraubt wurden, liegt ein Raubmord vor. Der oder die Mörder sind unbemerkt entkommen und es fehlt zunächst auf jede Spur.

Zu der Mordtat erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Oberpostkammerer Schubert, der Eigentümer des zwischen Bestalozzi- und Kreuzburger Straße gelegenen Grundstückes Schleiermacherstraße 6 ist, hatte um 16,30 Uhr seine Wohnung im 1. Stockwerk verlassen und sich zu einem Bekannten in den Schrebergärten begeben. Seine 59 Jahre alte Ehefrau blieb allein in der Wohnung zurück.

Als er um 20,30 Uhr zurückkehrte, fand er die Entreetür zwar eingeschlagen, aber nicht verschlossen und gleich beim Öffnen bot sich ihm

#### ein entsetzlicher Anblick.

Seine Ehefrau lag im Entree ausgestreckt auf dem Fußboden und war im Gesicht bis zur Unkenntlichkeit mit Blut bedeckt. Auch die Kleidungsstücke waren mit Blut durchtränkt.

Schubert rief in seinem ersten Schreck die Nachbarsleute und andere Hausbewohner herbei und zunächst wurde ein Arzt gerufen, weil man annahm, daß eine Rettung noch möglich sein könnte. Erst als der Arzt die über und über mit Blut bedeckte Frau näher befügte, stellte er fest, daß

#### der Schädel vollständig zertrümmert

und der Tod längst eingetreten war.

Nunmehr wurde das in der Nähe gelegene 11. Polizeiviertel in der Barthsstraße verständigt, von wo logisch das Präsidium in Kenntnis gesetzt und die Mordkommission alarmiert wurde, deren Beamte in verhältnismäßig kurzer Zeit am Tatort eintrafen. Bei der ersten Befichtigung der Wohnung ergab sich, daß verschiedene Behälter aufgerissen und durchwühlt worden waren.

Da die Beamten der Mordkommission sofort die durchwühlten Behälter nach etwaigen Spuren absuchten, der Ehegatte der Ermordeten aber zunächst keine sicheren Angaben machen konnte, ob und welche Geldbeträge sich in der Wohnung befanden, war bei den ersten Feststellungen über

#### die Beute des Mörders

noch nichts genaues zu ermitteln.

Aus den ersten Angaben von Hausbewohnern konnte festgestellt werden, daß Frau Schubert noch kurz vor 19 Uhr auf der Straße gesehen worden ist. Offenbar ist sie noch einige Minuten vor Raubmord noch etwas einzukaufen gewesen. Bis auf einen härteren Schlag, der von den Bewohnern unter der Schubertischen Wohnung gegen 19,30 Uhr gehört wurde und der mit dem Hinhinfallen der niedergeschlagenen Frau zusammenhängen kann, ist im Hause nichts Auffälliges gehört oder gesehen worden.

Das Verbrechen muß also in der Zeit zwischen 18,45 Uhr und 20 Uhr verübt worden sein, da um diese Zeit der Haus-

meister die Haustüre abhob und keine Anzeichen dafür vorfinden konnte, daß der oder die Mörder das Haus erst nachher verlassen hätten.

Soweit sich aus den während der ganzen Nacht durchgeführten

#### Ermittlungsarbeiten der Mordkommission

ergibt, ist noch nicht mit genauer Sicherheit zu sagen, ob nur eine einzelne Person oder mehrere Täter in Frage kommen. Höchstwahrscheinlich aber ist einer der Täter mit den örtlichen Verhältnissen ziemlich vertraut gewesen. Die Polizei vermutet, daß er sich während der kurzen Abwesenheit der Frau Schubert in die Wohnung eingeschlichen hat. Sie pflegte die Wohnungstür nicht besonders zu verschließen, wenn sie nur zu kleinen Besorgungen die Wohnung verließ. Da es auch zu ihren Gewohnheiten gehörte, in ihrer Wohnung die Ärmel hochzutreiben und sie beim Aufsuchen ebenfalls die Ärmel ihrer Bluse aufgestreift hatte, nimmt die Polizei an, daß die Schläge nicht gleich beim Betreten der Wohnung gegen sie geführt worden sind, sondern daß sich

#### die Täter in einem der drei Zimmer verdeckt gehalten

haben und erst einige Zeit nach der Rückkehr der Frau Schubert ihren grausamen Plan verwirklicht. Diese Annahme wird auch bestätigt durch das in der Nähe der Toten gefundene Nähzeug und ihre Brille. Sie wollte also wahrscheinlich eine Näharbeit beginnen und muß dabei von dem Mörder überrascht worden sein. Sehr nahe liegt auch die Vermutung, daß die Schläge von hinten gegen sie geführt worden sind. Die Mordwaffe ist in der Wohnung nicht gefunden worden. Es dürfte sich um einen Hammer oder ein ähnliches Instrument handeln, mit dessen stumpfer Seite zugeschlagen worden ist.

Eine nähere Untersuchung der Leiche ergab, daß sich dicht über und hinter dem linken Ohr je eine zwei Zentimeter lange klaffende Wunde befand.

Inzwischen konnte im Laufe der Nacht und der frühen Morgenstunden auch die Beute des Täters festgestellt werden.

#### Es fehlen:

- eine alte silberne Herren-Taschenuhr mit zifferliertem Goldrand und Deckel mit Wappen,
- eine bezugehörige Bangerleette,
- eine goldene Damenuhr, altes Format, mit doppelreihiger goldener Kette,
- eine alte goldene Brosche mit zifferliertem Kofe (Schleisches Muster),
- vier Trauringe, breiten alten Formats, von denen zwei die Gravierung P. S., S. S. nebst dem Datum 4. II. 09, tragen,
- eine goldene Brosche in schneckenartiger Form,
- 50 bis 60 Mark, bestehend aus alten Goldstücken zu zehn und zwanzig Mark, sowie 300 bis 400 Mark Bargeld.

Der Regierungspräsident hat inzwischen eine Belohnung von 1000 Mark für die Personen aus dem Publikum ausgesetzt, deren Angaben zur Ermittlung des Täters führen. Wer irgendwelche Wahrnehmungen gemacht hat, die mit dem Mord oder dem Mörder in Zusammenhang gebracht werden können, melde sich umgehend bei der Mordkommission im Polizeipräsidium.

## Deutschnationale und Kommunisten sparen

#### Herr Nitsch will die Löhne der Kanalarbeiter kürzen — Herr Brodke will den Kranken und Siechen keinen Weihnachtsstriezel mehr geben

Gestern hat im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung die Beratung der Einzelhaushaltspläne eingeleitet. Das Bestreben, noch mehr als der Magistrat zu sparen, trat dabei deutlich hervor. Beim Etat der Kanalarbeiterwerke sprach sich Herr Nitsch von den Deutschnationalen für Kürzung der Arbeiterlöhne aus. Die Kanalarbeiter verdienen einschließend ihrer Funktionszulagen mehr als die Maurer und aus sozialen Gründen sei er dagegen, daß eine Arbeiterkategorie mehr verdiene als die andere. Herr Nitsch ist Maurermeister. Erst haben die Bauherren die Löhne ihrer eigenen Arbeiter ganz unerträglich heruntergedrückt und nun sehen sie ihre Tätigkeit bei der Stadt fort, wo die Löhne zwar auch schon ganz gewaltig gedrückt wurden, aber doch noch nicht so weit, wie das private Unternehmertum es haben möchte. Auf den ekelhaften, gesundheitsgefährlichen und oft lebensgefährlichen Dienst der Kanalarbeiter brauchen wir nicht besonders hinzuweisen, wohl aber darauf, was aus der Stadt und ihrer gesamten Einwohnerschaft werden würde, wenn die Kanalarbeiter einmal eine Weile mit ihrer Arbeit ausgesetzt. Es wäre gar nicht auszudenken, welche Folgen das in kürzester Zeit haben müßte.

Und nun Herr Brodke, ehemaliger Orgeßbandit und Stahlhelmer, jetzt Klassenkampf-Athlet der Kapeboh. Um zu sparen, beantragte er, beim Bürger- und Kinderobdach sowie beim Claassenschen Siechenhaus und der Brüder Littauer-Stiftung die Ausgaben für die Weihnachtsfeier aus dem Etat zu streichen. Der Gemütsmenschen glaubt vielleicht, die alten und gebrechlichen Leute für die kommunistische Gottlosenbewegung begeistern zu können, wenn er ihnen den Christbaum auslöscht und den Weihnachtsstriezel nimmt. So etwas kommt heraus, wenn sich die kommunistischen Arbeiter einen Orgeßmann zum Führer im Klassenkampf wählen.

## Die Not der Frühgemüseanbauer

Auch dafür ist das „System“ und die Sozialdemokratie schuld, sagt der nationalsozialistische Präsident der Landwirtschaftskammer. — Die Fachleute denken sachlicher und vernünftiger.

Am Sonnabend fand hier eine Kundgebung der Notgemeinschaft Deutscher Frühgemüseanbauer statt. Außer den Vertretern vieler verwandter Organisationen waren auch einige Behörden vertreten. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Niedererschleiens eröffnete die Tagung. Seine Eröffnungsrede, bei der er gleich am Anfang betonte, daß er Nationalsozialist sei, war ein Sammelsurium nazionalistischer Phrasen. Natürlich zog er gegen das System, gegen die Bonzen mit Gott, Volk und Vaterland zu Felde. Wir haben uns langsam daran gewöhnt, daß man uns auch dafür verantwortlich macht, wenn es ein paar Wochen nicht regnet und das Gemüse nicht wächst.

Darauf hielt Herr Gartenbaudirektor Grobhen einen Vortrag über „Die Notlage der Frühgemüseanbauer, ihre Ursachen und Mittel zur Milderung“, der sich infolge seiner sachlichen Art wohlklingend von dem Phrasengewäsch des Landwirtschaftskammerpräsidenten abhob. Er betonte, daß die Not im Frühgemüsebau so weit vorgeschritten sei, daß dieser Beruf ohne baldige und durchgreifende Hilfe am Ende sei. Die Preise für die Erzeugnisse sind in den letzten Jahren immer mehr gesunken, das Eigenkapital ist immer kleiner geworden und Kredite sind infolgedessen nicht mehr zu bekommen. Die Regierung müsse es sich sehr wohl überlegen, ob sie einen so fleißigen Berufsweig wie die Frühgemüseanbauer aufgeben wolle. Dies würde weitere Vergrößerung des Arbeitslosenheeres, und Zwang zur Einfuhr ausländischer Produkte bedeuten. Viele Betriebe sind bis zu 150 Prozent verschuldet. Im vergangenen und erst recht in diesem Jahre können die von Reich, Ländern und Kommunen gegebenen Kredite nicht zurückgezahlt werden. Schon mit 6 Millionen neuen Krediten könnte den Gärtnern geholfen werden. Dabei fordern die Frühgemüseanbauer von der Regierung: Einschränkung der Einfuhr fremder Gartenbau-erzeugnisse, Erlass der Zinsen für 1932 und Stundung der Tilgungsraten bis 1933 und einige Freijahre zur Erholung des Gewerbes.

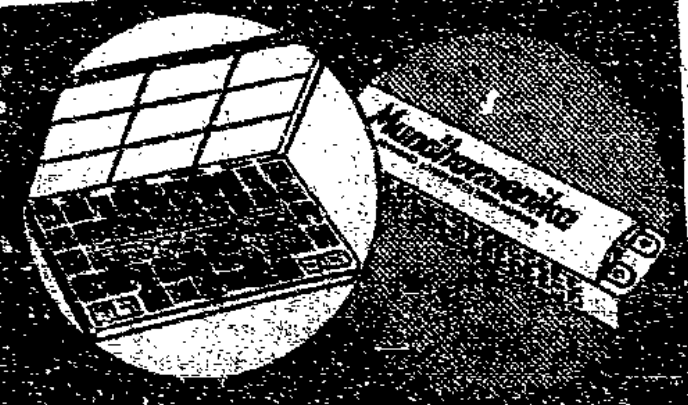
## Sammeln Sie die Gutscheine von:

**SUNLICHT SEIFE**  
Doppelstück 27 Pf. Würfel..... 23 Pf.

**VIM** Die Putzfrau in der Dose  
Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

**LUX SEIFENFLOCKEN**  
Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.

**SUMA** Das moderne Waschmittel  
Originalpaket..... 36 Pf.







## Schwarzer Abend

### Beirats-Tagung der Fabrikarbeiter

Die organisierte Arbeiterschaft ist von einer grenzenlosen Erbitterung erfüllt. Seit Jahr und Tag muß sie Opfer bringen, immer wieder Opfer. Aber all diese Opfer haben infolge einer unbegreiflich falschen Politik der Reichsregierung nicht verhindern können, daß der vom Nationalsozialismus geführte Herdorn der Todfeinde der freien Arbeiterbewegung immer stärker angewachsen ist. Die Erbitterung über die Vergeudung der Opfer machte sich in diesen Tagen in der Stellungnahme einer großen Gewerkschaft zu den brennenden Fragen der Stunde in der Beirats-Tagung des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover stützlich Luft.

Als Vertretung von rund 400 000 Arbeiterinnen und Arbeitern, deren Arbeit die deutsche Wirtschaft mit aufgebaut haben und von denen zurzeit der größte Teil infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit große Not und Entbehrung leiden muß, hat der Fabrikarbeiterverband — so schreibt es förmlich aus seiner Willensgebung in die Öffentlichkeit und vor allem in die Ränkel der Reichsregierung — das Recht und die Pflicht, die Forderung auf Arbeitsbeschaffung als die dringendste der Staats- und Wirtschaftspolitik zu erheben. Der Verbandsbeirat verurteilt die Lohnabbaupolitik der Regierung und Unternehmer als falsche Wirtschaftsführung. Der Lohnabbau habe zwar zur Einschränkung der Inlandswirtschaft geführt, aber eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt sei nicht eingetreten. Vom Reichsarbeitsminister und den staatlichen Schlichtungsorganen müsse von neuem mit allem Ernst gefordert werden, daß jede weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen endlich eingestrichelt werde. Nicht durch Lohnabbau, sondern nur durch wirksame Arbeitsbeschaffung und starke Arbeitszeitverkürzung könne etwas zur Eindämmung der Krise getan werden. Die Fabrikarbeiter forderten deshalb die Einführung der gesetzlichen Vierzigstundenswoche und des Vierstichtensystems in durchlaufenden Betrieben und Betriebsabteilungen unter Berücksichtigung der Erziehung der Arbeiterkraft.

Auch zu den im Augenblick im Vordergrund des politischen Kampfes stehenden Fragen der Sozialversicherung nahm der Verbandsbeirat in seiner Willensgebung Stellung. Er fordert die unbedingte Aufrechterhaltung der Sozialversicherung und schärfste Zurückweisung aller Pläne, die unter dem Deckmantel eines Umbaus nur auf die Zerstörung der Sozialversicherung abzielen. Auch gegen die Schädigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Exportindustrie zugunsten großagrarischer Interessen macht der Verband als Vertreter der Arbeiterschaft wichtiger deutscher Fertigungsindustrien scharf Front. Im Anschluß daran fordert der Beirat Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in der Außenpolitik und völlige Aufhebung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

Scharfe Worte der Kritik gegenüber Regierung und Unternehmertum fielen in der Ansprache, die nach der Berichterstattung über die Verbandsentwicklung durch den Vorsitzenden Thiemig — dem Beirat lag das Verbandsjahrbuch 1931 als Rechenschaftsbericht vor — auf der Beirats-Tagung einfiel. Wenn Brüning und Stegerwald immer wieder erklärten, sich von niemandem in der Sorge für die Opfer der Krise überlassen zu lassen, so habe doch damit die Wirtschaft- und Lohnpolitik der Regierung in schärfstem Widerspruch. Während Brüning und Stegerwald arbeitertreue Erklärungen abgaben, belagte der deutschnationalistische Agrarminister Schiele in geradezu ungeheurer Weise die Verbrauchergemeinden. In der Arbeitsbeschaffung geschehe nichts Positives. Die Lohnabbaupolitik aber werde immer weiter fortgesetzt, und nun drohe auch noch der Sozialversicherung neues Unheil. Bei den Tarifverhandlungen habe man oft den Eindruck, als ob gar nicht mehr der Wille des Reichsarbeitsministers sondern die Bürokratie maßgebend sei. Bei der Erörterung der Arbeitszeitfrage wurden in der Debatte vereinzelte Fälle, so z. B. aus der Margarine- und Speiseölindustrie, angeführt, in denen als Wirkung der Arbeitszeitverkürzung eine große Leistungssteigerung eingetreten sei, die die Neueinstellung von Arbeitern überflüssig gemacht habe. Demgegenüber wurden aber auch Beispiele angeführt, in denen die Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen ermöglichte und Entlassungen verhinderte. Auch die Zweifler und Skeptiker waren sich völlig darüber im Klaren, daß die Arbeitslosigkeit auch durch Arbeitszeitverkürzung eingedämmt werden muß.

Sonderbare Beachtung verdient der in der Ansprache wiederholt erfolgte energische Hinweis, daß es falsch sei, den freiwilligen Arbeitsdienst reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Organisationen als Betätigung und Beschäftigung zu überlassen.

Die zur Abdämmung der Krisenauswirkungen auf den Verband notwendigen organisatorischen Maßnahmen wurden vom Beirat in stärkster Geschlossenheit und Einmütigkeit festgelegt. Eine Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen mußte erfolgen, wenn nicht die Kassen aufgebraucht und die Widerstandskräfte des Verbandes erschöpft werden sollen. Seit Anfang 1930 bis März 1932 hat der Fabrikarbeiterverband über 2 Millionen für soziale Unternehmungen ausgegeben. Auf der anderen Seite hat aber die Krise den Rückgang der Einnahmen beschleunigt. Waren doch 1931 fast 30 Prozent der Gesamtzahl der Beiträge Erwerbslosen-Beiträge in Höhe von 10 Pf. Da alle sonstigen Sparmöglichkeiten bereits ausgeschöpft sind, mußte zu einer Kürzung der Unterstützungsleistungen geschritten werden. Der Verbandsbeirat nahm hierfür die Vorschläge der Statutenberatungskommission einstimmig an. Die Kürzung in den niedrigeren Beitragsklassen ist wesentlich geringer als in den höheren, zum Teil tritt überhaupt keine Kürzung ein. Von einer Zusammenlegung der beiden Verbandszeitschriften wurde aus organisatorischen Gründen Abstand genommen.

Erbitterung, aber nicht Verzweiflung — das war der Grundakkord der Beirats-Tagung. Die Festigkeit des Verbandes ist — das hat der Verlauf der Tagung eindrucksvoll gezeigt — unerwackert. Das beweisen auch zahlreiche gütige Berichterstattungen trotz der Wirtschaftskrise, auf die Geiger vom Hauptverband aufmerksam machte.

So bitterhöje auch die Zeiten sind, so schwer sie auf dem Fabrikarbeiterverband, auf allen anderen Gewerkschaften, auf der gesamten deutschen Arbeiterklasse lasten, wir müssen uns durchringen. Mit diesem Wort sprach der Verbandsvorsitzende Thiemig im Anschluß an seinen Aufruf auf die Leiter der Gewerkschaftsbewegung, vor allem auf den von Nazi-Mörderhänden in Keuteich bei Danzig eingeschleppten Verbandskollegen Grubn, Millionen von deutschen Arbeitern aus der Seele.

### Verbandsstag der Buchbinder

Im Leipziger Volkshaus findet zurzeit der 17. Verbandsstag der freigewerkschaftlichen Buchbinder und Papieroperarbeiter statt. Der Verbandsstag war 1931 in Leipzig. Er wurde, wie der Verbandsvorsitzende Gauze in seiner Begrüßungsansprache mitteilte, auf dieses

Jahr verschoben, weil man hoffte, die wirtschaftlichen Verhältnisse würden sich bessern. Sie sind nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Von den rund 50 000 Mitgliedern des Verbandes sind 21 000 arbeitslos und 15 000 Kurzarbeiter. — Die Größe des ADGB überbrachte Franz Spliedl. Nie war die Stärke der einzelnen Verbände und des ADGB, betonte Spliedl, so notwendig wie gegenwärtig. Eiserner Kern braucht heute die Arbeiterbewegung. Trotz aller Not wird sie aber zeigen, daß sie in einer Welt des Fortschritts die Vernunft und auch die Kraft behält, um der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Wir werden über den Verbandstag im Zusammenhang berichten.

### Tagung der schlesischen Wertmeister

Die Delegierten der Wertmeister und technischen Betriebsangestellten in Bergbau und Industrie tagten am Sonnabend und Sonntag, dem 21. und 22. Mai 1932 in Waldenburg, im Mittelpunkt des niederschlesischen Bergbaues, im Beisein einer Anzahl geladener Gäste der Stadt- und Staatsparlamente. Die Tagung galt der Vorarbeit für den Verbandstag des Deutschen Wertmeisterverbandes, Sitz Düsseldorf, in Mannheim 1932.

Beiträge und Leistungen sollen in dieser Notzeit den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Alle Delegierten gaben sich die redlichste Mühe, die vorliegenden Anträge im Sinne aller Mitglieder abzuwägen. Der Vertreter der schlesischen Wertmeister, Kollege Klammt-Waldenburg und die vier Abgeordneten der schlesischen Gruppen, die Kollegen Kolbe-Breslau, Müller-Borsigwerk, Peuser-Freiburg und Schulz-Görlitz, nahmen die Vorschläge der schlesischen Wertmeister zur Kenntnis, um sie auf der Mannheimer Tagung zu vertreten.

Aber auch zu den schwebenden Tagesfragen wurde auf der Tagung Stellung genommen. Ein ausführliches Referat des Geschäftsstellenleiters Landau-Gleiwitz lenkte das Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes.

Die schlesischen Wertmeister und technischen Betriebsangestellten leiden unter der jetzigen Wirtschaftskrise, insbesondere des deutschen Ostens, ganz außerordentlich. In einer Resolution wurde gegen die Absichten der Reichsregierung protestiert, die Arbeitslosenunterstützung in ihrer Bezugsdauer zu kürzen und evtl. erhöhte Steuern oder gar neue Steuern einzuführen. Die Reichs- und Staatsminister werden an die Versprechungen des

## 250000 Landarbeiter wehren sich!

### Arbeitgeber wollen Manteltarif zertrümmern Deutscher Landarbeiterverband fordert 8 Prozent Lohnerhöhung

Die Notverordnungen vom April und Dezember 1931 haben der Arbeitnehmerschaft bedeutende Nachteile gebracht. Wenn man bedenkt, daß der Lohnabbau doch nur unter der Voraussetzung erfolgte, einen gleichzeitig einziehenden Preisabbau herbeizuführen, so muß festgestellt werden, daß der Preisabbau auch nicht im entferntesten mit dem Lohnabbau Schritt gehalten hat. Trotzdem können die landwirtschaftlichen Unternehmer, die andauernd vom Reich Unterstützung in Form von verbilligten Krediten, Öffnungsgeldern usw. bekommen, ihren Mund nicht voll genudelt kriegen, und verlangen immer neue Lohnabzüge. Auch gegen den schlesischen Landarbeitertarif, nach welchem etwa eine viertel Million Landarbeiter entlohnt werden, richteten sich die Angriffe der landwirtschaftlichen Arbeitgeber. Sie verlangten nicht nur eine Herabsetzung des Lohnsatzes bis 17 Prozent, sondern auch eine durchgreifende Umänderung des Manteltarifs. Ihre Wünsche in dieser Hinsicht waren derart rigoros und unsozial, daß ihre vollständige Verwirklichung eine ungeheure Empörung in der schlesischen Landarbeiterschaft hervorgerufen hätte. Nicht allein, daß die Arbeitgeber einen schweren Eingriff in die Arbeitszeit zu Ungunsten der Landarbeiter wünschten, wollten sie auch die bisherige sechsmonatige Kündigungsfrist in eine zweimonatige umwandeln. Selbst die an- und für sich schon geringen Entschädigungssätze für Kündigerhaltungen waren ihnen noch zu hoch, denn sie forderten sogar eine Verminderung um 50 Prozent. Der empfindendste Wunsch war die Forderung nach

Streichung der Erntezulage. Aber auch im Affordlohn, in der Begahlung von Ueberstunden- und Feiertagsarbeit wurden arge Verschlechterungen verlangt.

All diesen Angriffen widersetzen sich aber die organisierten Landarbeiter, die vornehmlich im Deutschen Landarbeiterverband und im Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer vereint sind. Sie waren es auch, die den Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber eine Lohnerhöhungsforderung von 8 Prozent entgegensetzten.

Die vor dem Schlichter für Schlesien einziehenden Verhandlungen hatten aber keinen Erfolg, so daß die Schlichtungskammer folgenden Schiedsspruch fällte:

Die Löhne in den Großbetrieben und die Erntezulagen werden in unveränderter Weise weitergezahlt. Eine Ausnahme bilden die Löhne in den bäuerlichen Betrieben, die noch 17 Prozent höher liegen; sie wurden für die jugendlichen Arbeiter um 8 Prozent gekürzt. Während die Kündigungsfristen auch unverändert blieben, werden die Ueberstundenzuschläge von 33 Prozent auf 25 Prozent, die Feiertagszuschläge von 100 Prozent auf 75 Prozent, die Affordlohnätze von 30 Prozent auf 25 Prozent und die Kündigerhaltungsätze von 20 Mark auf 16 Mark herabgesetzt.

Der Lohnsatz läuft bis 30. September 1932 mit einemontatiger, der Manteltarif dagegen bis 31. Dezember 1932 mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

## Der Nazispiegel

### Erschütternde Nazeweisheit

Im nationalsozialistischen „Angriff“ wirft ein Jugendwer, der sich in der Beilage „Der Betriebspionier“ an die Behörden- und Büroangestellten Deutschlands wendet, den Gewerkschaften mangelnden Willen zum Generalkstreik vor. Er fragt: „Warum tiefen denn die Gewerkschaften von links nach rechts nicht zum Generalkstreik auf, als es galt, die Notverordnungen zu verhindern? Weil sie zu feigen waren.“

Sieben hat Adolf Hitler den Hauptgriffleiter des nationalsozialistischen „Hamburger Tagesblattes“, Dr. Krebs, von seinem Posten entfernt und ihm den Hinauswurf aus der NSDAP angekündigt. Was hat Herr Krebs verbrochen? Er hat den General Schleicher angegriffen. Wer ist General Schleicher? Ein Korporal der Schwerindustrie im Reichswehrministerium. Wer ist Herr Krebs? Ein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgesellschaften-Verbandes. Herr Krebs meint man werde künftig bei den Nazis höchstens nur noch von „sozialer Gerechtigkeit“ sprechen aber nicht mehr sagen dürfen, was man sich darunter vorstellt.

Und da bringen es Blätter vom Schlage des „Angriff“ fertig zu fragen, warum die Gewerkschaften nicht zum Generalkstreik gegen die Notverordnungen aufgerufen haben! Im übrigen: Hitler hat große Kopfen im Kopf. Er will, wie er selbst versichert, auch nicht ohne Notverordnungen regieren. Was also nicht war, kann noch werden.

### Schlesische Wäschewerkstätten machen in Nationalsozialismus

In Bad Warmbrunn im Riesengebirge bestehen die schlesischen Wäschewerkstätten der Firma Carl Langenscheid. Diese Firma verfertigt einen Prospekt ihrer Erzeugnisse mit Preisverzeichnis aller Waren, die sie handelt. Und sie handelt ziemlich alles, wobei sie betont, daß ihre Preise konkurrenzlos seien. Wer näher hinhört, muß allerdings feststellen, daß es mit den konkurrenzlosen Preisen so eine Sache ist. Die Waren sind nicht billiger, sondern teurer als anderswo.

Immerhin: In einem ist die Firma original: Auf ihren Prospekten macht ihr Chef Herr Langenscheid tiefinnige Ausführungen über die Wirtschaft und tut dabei so, als ob es nur eine Kleinigkeit wäre, aus dem heutigen Schlammfass herauszukommen.

Natürlich ist es eine Kleinigkeit für diesen Herrn, denn er ist Nazi und deshalb ein für den „neuen Sozialismus“ Begeisterter. Was Sozialismus überhaupt ist, davon hat er allerdings nicht die leiseste Ahnung, ist auch gar nicht nötig, bei einem Allerweltschmerz wie Herrn Langenscheid, der mit seiner geschäftstätigen Reklame mit jedem, der von den Nazis so bekämpften „jüdischen“ Warenkäufer erfolgreich in Wettbewerb treten kann.

Dafür glaubt er in seinem Wirtschaftsrundblick mit verblassender Blötheit drauflos, wohl in der Hoffnung, Interessenten seiner Waren so belassen zu reden, daß ihnen die viel zu teuren Preise seiner Produkte nicht mehr auffallen.

Wenn diese Waren dazu nicht besser sind, als der von ihm verarbeitete wirtschaftliche Mist, dann kann uns lieber dauern, der dieses Zeug kauft.



## Do X in Berlin

### Glückliches Ende der Amerikareise

Das Flugzeug Do X hat seine Amerikareise glücklich beendet. Am Dienstag nachmittags um 6,15 Minuten, ging die Maschine dem Müggelsee im Osten Berlins nieder; der letzte Start war ein Gashot, dem englischen Wasserflughafen bei Southampton am Morgen um 10,20 Uhr erfolgt. An Bord waren 17 Personen: der Besatzung Dr. Dornier und Frau, ferner Direktor der Kühl-Hamburg, der die Brennstoffverföhrung organisierte. Schon vom frühen Nachmittag an war die weite Fläche des Müggelsees von Schiffen aller Art, Seglern und Paddlern, Motorbooten und Dampfbooten überfüllt, Zehntausende säumten die Uferwege, viele kletterten auf die Bäume, die Hügel, die Dächer. Mit Spannung hörte man die Meldungen: „Hamburg passiert, Hamburg passiert, gerader Kurs auf Berlin; der rechte die Hälfte, als Do X noch über der Havel sein sollte. Allmählich tauchten am Himmel kleinere Flugzeuge auf, der, sechs, sieben, die Enttäuschung, daß nicht der erwartete Gast darunter war, schien jedesmal groß. Gegen 5 Uhr durchflogen die „amtlichen“ Schiffe der Regierung, der Stadt Berlin, der Luftbanka und der Pressedampfer, die von weißen Pyramiden gekennzeichnete Grenze des „Wasserungsplatzes“.

Immer größer wird die Spannung, die Filmleute bringen ihre Kameras in Stellung, die Fotografen zücken die Apparate, die Pressenänner fangen schon an zu schreiben. Um 6,10 Uhr wird man die Meldung: „6,07 Stunden überlegen“. Jetzt taucht schon der große Vogel hinter den Schornsteinen von Berlin auf. Do X fliegt an, umrundet zweimal den See, senkt sich an der westlich abgelegenen und gelblichgrünen und gelbbraunen Stelle nieder, setzt auf, steht schon nach kurzem Auslauf. Die große Reise beendet. Die Schiffs sirenen heulen.

Langsam dreht Do X bei, auf die Gruppe der Begrüßungsgäste zu, der Schwarm von Booten, der bisher still an der Grenze lag, folgt. Die ganze Abfertigungszeremonie fällt sozusagen in den Müggelsee. Die Pyramiden haben ihre Rolle ausgeübt, zum Schluss umgrenzt und umtränkt ein dichter Wall von Paddlern und Ruderern den großen grauen Vogel. So werden die Begrüßungsfeierlichkeiten, besonders auch die Reden, etwas länger, aber darum nicht weniger herzlich. Reichsverkehrsminister

Traviranus begrüßt und beglückwünscht die Besatzung des Do X im Namen der Reichsregierung, Kapitän Christian Jensen antwortet, spricht von der Zuverlässigkeit der Maschine, erzählt vom glatten Verlauf des Rückfluges von Amerika, der in so auffälligem Gegensatz zu den verschiedenen unglücklichen Zwischenfällen bei der Hinreise steht. Natürlich werden auch Blumen überreicht; dann beginnt der Feldzug der Photographen und Filmleute. Auch ein Maler käme zu seinem Recht: das Bild des großen grauen Motorenvogels auf dem blauschimmernden See, das Gewoge der weißen Segel und braunen und roten Boote in der Dämmerung des sinkenden Abends ist von schönster Leuchtkraft, von stärkster Eindringlichkeit.

Die Presseleute, die ihre Berichte schleunigst an den Mann oder doch wenigstens ans Telefon bringen möchten, springen von ihrem neben dem Flugboot verankerten Schiff, das sie fest einschließt, in Motorboote und pirschen sich damit durch die Kette des Kahn-Festlages an Land. Denn bevor das ganze Zeremoniell der Reden und Glückwünsche beendet ist, ist die Sonne bereits hinter den Müggelsegen verschwunden.

Die Gesamtreise des deutschen Dornier-Flugbootes hat länger als ein Jahr gedauert. Innerhalb von 29 eigentlichen Flugtagen hat „Do X“ 45 300 Kilometer zurückgelegt: 24 800 von Altkirchheim (Bodensee) nach Newyork, 12 000 Vorführungskilometer in Amerika, 8500 auf dem Rückweg von Newyork über Newfoundland, die Azoren, Vigo, Southampton und Hoek van Holland. Gab es auf dem Hinweg mehrere unangenehme Zwischenfälle — der letzte war ein Brand in Amerika selbst —, so hat man doch aus allen Mängeln gelernt: auf der Rückreise hat sich die mit zwölf amerikanischen Curtismotoren ausgerüstete Maschine glänzend bewährt; der auf der letzten Etappe erreichte Stunden durchschnitt betrug 170 Kilometer. Die Motoren haben eine Leistungskraft von rund 6000 PS. Je zwei Motoren sind jeweils in einer Gondel zusammengefaßt. Der Booserumpf faßt 420 Kubikmeter, das Haupttragleist 490 Quadratmeter Flächeninhalt. Bei einer Mindest-Last von 10 Tonnen besteht die Möglichkeit, 100 Passagiere unterzubringen.

## Vom Kloster zum Frauenzuchthaus

### Reportage aus dem neuen Spanien — Wo das Schicksal langsam schreitet . . .

Das Frauenzuchthaus der Provinz Madrid ist eine der wenigen spanischen Strafanstalten, in der Victoria Kent, die Frau, die bei der spanischen Revolution zum Präsidenten des Frauenkongresses ernannt wurde, ihr Reformprogramm durchführen konnte. Victoria Kent will u. a., daß die Gefängnisse in eine Art sozialer Schulen umgewandelt werden. Mangel an Mitteln, wirtschaftliche Schwierigkeiten, gewisse politische Widerstände hemmen ihren Weg. Aber die Strafanstalt in Alcalá kann im Augenblick bereits als Musteranstalt gelten. Es ist zu hoffen, daß es hier bald mehr geben wird.

Alcalá de Henares liegt dreiviertel Stunden entfernt von der Hauptstadt: ein kleines Städtchen, das im Mittelalter die wichtigste spanische Universität beherbergte. Auch Spaniens größter Dichter, Cervantes, hat hier gelebt und den Ruhm des Altertums in die Welt getragen. Heute ist Alcalá die Stadt der Armen, der bettelnden Kinder und der Gefängnisse. Am Bahnhof bereits bemächtigte sich meiner eine Schar halbwüchsiger, die durch das ganze Städtchen hartnäckig verfolgte.

Schon einmal, 14 Tage vorher, war ich in Alcalá, um das Zuchthaus zu besichtigen. Aber man verweigerte mir, trotz guter Empfehlungen, den Eintritt, denn im Haus gab es eine kleine Revolte: Die Nonnen, die bisher im Gefängniswesen arbeiteten, sollen laut Republik-Verfassung von Laien-Arztinnen abgeleitet werden, und gerade an diesem Tage waren die ersten Laien-Arztinnen im Amt. Natürlich ließen die Nonnen die günstige Gelegenheit — statt 14 Nonnen traten vier Laienärztinnen ein — nicht nutzlos verstreichen, die Gefangenen aufzuheben und das große Durcheinander wäre durch den Besuch eines Journalisten nicht gerade gemäßig worden. Soweit wenigstens die Bekämpfung des Zuchthausdirektors, der sich nun diesmal mit besonderer Liebenswürdigkeit durch das Gebäude führte.

Einmal war hier ein Kloster. Klare an allen möglichen unmöglichen Orten zeugen davon noch heute. Ein heller Gartenhof mit Blumen und Bäumen, überraschend angenehm. Über dem Hof sieht man ein Gebäude, dessen lange Korridore von Eijentreppe, von keiner Mauer geschützt, sich in den Hof öffnen: das Zellengefängnis. „Im Winter ist es eiskalt hier“, sagt der Direktor, „Der Wind pfeift durch, Oesen haben wir nicht, der vielleicht können wir wenigstens, wenn wir Geld bekommen, die Mauer vorbauen.“ 900 Gefangene nimmt das Gebäude auf, eigentlich sind nur 50 da.

Wir steigen sauber geputzte Steintreppen im alten Klosterhaus hinauf, kommen in einen riesigen Schlafsaal. Hier schlafen alle Gefangenen, außer denen, die „schlecht führen“, in den Neuankommelingen, die etwa 8 bis 14 Tage in der Zelle bleiben haben. Frauen in Anstaltskleidung grüßen freundlich, ihnen uns die Tür zu einem kleinen Raum, in dem Kinder schlafen. Drei bis sechs Jahre sind sie alt, drei Mädels und ein Knabe. „Kinder unserer Gefangenen“ erklärte der Direktor. „Bis zum siebenten Jahre bleiben sie hier. Die Frauen haben keine Angehörigen, entsprechende staatliche Heimstätten die Kinder gibt es nicht, also behalten wir sie hier. Tagsüber werden sie von einer Pflegerin beaufsichtigt, die mit ihnen spielt, füttert. Die Mütter sehen sie täglich in der Freizeit, an Sonn- und Festtagen haben sie den ganzen Tag um sich.“ Das Kind weint kläglich. „Es ist erst zwei Tage hier“ sagt die Pflegerin, die es auf den Arm nimmt, „es bangt sich noch nach der Mutter.“

Im Arbeitsraum sitzen die Gefangenen, meist Frauen vorwärtigen Alters; verurteilt sind sie wegen Diebstahls, einige wegen Mordes. Sie nähen Laten, Säcke, machen Stid- und Kleiderarbeiten. Für den Saß bekommen sie 15 Centimos, der durchschnittliche Verdienst einer guten und fleißigen Arbeiterin beträgt etwa 50 Pes. pro Monat. Verschiedenfarbige Holzarten am Kleid bezeichnen die Führungsstufe. Wer sich besonders gut geführt hat, kann auf eigene Rechnung Kleider oder Sachen für sich selbst anfertigen. Sie werden Strümpfe gestrickt, Hosen genäht, denn: der spanische Staat liefert seinen Gefangenen zwar die Kleider, Hemden und Porgates (Leinwandstücke), dafür aber müssen Hosen und Strümpfe oder gar Unterwäsche als Luxusgegenstände von den Gefangenen selbst gehalten werden.

Eine Zigeunerin ist unter den Frauen. Aus Eifersucht hat eine Nebenbuhlerin mit Vitriol verbrannt, nun muß sie drei Jahre abtun. Sechs Monate hat sie schon hinter sich. Wenn sie die Woche über gut geführt hat, darf sie am Sonntag ausgehen. „Lassen Sie sie jetzt was singen, Herr Direktor, damit

die Dame sie hört“ bittet es von allen Seiten. Aber der Direktor erlaubt es nicht. Enttäuscht gehen die Frauen wieder an ihre Arbeit.

Fast alle sind Analphabetinnen. Es werden täglich zwei Schulstunden abgehalten: Lesen, Schreiben, Rechnen. Die Aufseherinnen, meist geprüfte Lehrerinnen, müssen den Unterricht erteilen. Nur Frauen über 45 Jahre sind davon befreit. Aber auch die jüngeren lernen schwer — nur selten lernen sie mehr als ihre Namen zu schreiben. Eine Bibliothek besitzt das Gefängnis gleichfalls, aber Bücher werden kaum verlangt. „Auch für die, die Lesen können, ist das zu anstrengend. Viel eher einmal eine Gefangene besonders gern und gut, so darf sie den anderen vorlesen.“

Der Direktor führt mich ins Zellengefängnis hinüber. Wie Krankenzimmer wirken die Zellen. An weißen Wänden ein weißgedecktes Bett, ein Stuhl, ein Nachttisch, Kleiderkänder. Aber die Gefangenen des Zellengefängnisses sind keineswegs in ihren Zellen eingeschlossen. Sie sitzen, Strümpfe strickend, lächerlich stehend, miteinander schwachend, von einer Aufseherin betreut, vor den Zellentüren im Korridor. Sie begrüßen uns, als seien wir ihre besten Freunde. Eine alte Frau erzählt mir ihr Schicksal. Sie stammt aus dem Norden Spaniens, aber sie will nicht sagen, aus welchem Dorf. Sie hat eine Nachbarin, die auf dem Markt ihre Ware zu billigem Preis verkauft hat, halbtot geprügelt, darum ist sie hier. Nächste Woche darf sie fort. Zum Mittagessen, von einer Gefangenen zubereitet, gibt es „Cacido“, das spanische Nationalgericht, weiße Bohnen mit Rindfleisch, Speck und Kartoffeln. Vorher Kudelesuppe und ein Brot und Nachttisch. Nach dem Essen sitzen die Gefangenen eine Stunde in der Sonne und spielen mit den Kindern. Zum Rundspaziergang sind nur Auffällige und Neueingelieferte verpflichtet.

Zuletzt werde ich in einen Raum geführt, der ein riesiges Warenlager und Verkaufsstelle enthält. Alles, von Parfüms, Seifen, Schminken bis zu Wein, Würteln, Schokolade und Kleidungsstücken, wird hier von einer Nonne an die Gefangenen verkauft. Sie erhalten von der Anstaltsleitung Bonus zu je 5 Peseten. Diese Bonus sind in kleine Gelder zu je 25 Centimos eingeteilt. Je nach dem Wert der gekauften Ware wird von dem Bonus abgetrennt. Die Gefangenen können so viel Geld ausgeben, wie sie wollen und wie sie besitzen. Geschäftstüchtig wie sie sind, haben die Nonnen diesen Handel in Schwung gebracht. Sie verdienen sicher nicht schlecht, denn sie sind nicht

## Eine Industrie, die immer noch voll beschäftigt ist



Bild in den Lagerhof einer großen amerikanischen Granate-fabrik, die jetzt besonders auf die Ausfuhr nach Japan eingestellt ist. Hier werden die langen Rollen feinsten Stahls in kurze Stücke geschnitten und dann zu Granaten und Schrapnells verarbeitet.

billiger wie die Ladengeschäfte und laufen für die armen Gefangenen“ natürlich billiger bei den Fabrikanten. Die Beschäftigung ist zu Ende. Ich stehe wieder auf der Gasse. Meine Herde Gassenjungen hat getreulich auf mich gewartet. Im Triumph geleiten sie mich zum Bahnhof.

## Feuer im Rathaus von Gräfenberg

### Ein Stadtschreiber verhaftet

Im Rathaus von Gräfenberg in Bayern war gestern im Büro des Stadtschreibers Müller ein Brand ausgebrochen, bei dem die in einem hölzernen Koffschrank aufbewahrten Bücher des Stadtrates zum großen Teil verbrannt sind. Da die noch übriggebliebenen Bücher Spuren von Spiritus aufwiesen, wurde Müller unter dem Verdacht, den Brand selbst angelegt zu haben, verhaftet. Müller selbst leugnet jegliche Schuld. Die Frage, ob Müller tatsächlich die Tat begangen hat, um irgendwelche Veruntreuungen zu verdecken, konnte noch nicht geklärt werden.

## Das Autokonto

In der Dienstag-Sitzung des Berliner Deutschemittelbank-Vereins kam es zur Erörterung der Geheimkonten des angeklagten Pastor Cremer bei der Deutschemittelbank. Der Staatsanwalt ließ sich die Angeklagten, daß er über Mittel, die das Reich für ausgesprochen wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt hätte, nach eigenem Ermessen und zum Teil auch zum eigenen Vorteil veräußert habe. Besonders belastend war für den Angeklagten jener die Erörterung seiner Autokonten. Ein Buchhalterkandidat erklärte, daß sich die Gesamtbeträge aus dem Autokonto des angeklagten Pastor Cremer auf 60 000 Mark belaufen hätten. Pastor Cremer habe in sechs Jahren fünf Autos gekauft — sein Sohn habe die alten Autos immer wieder durch neue ersetzt. Ein großer Hochwagen wurde „versteckentlich“ zweimal bezahlt. Hierzu gab Pastor Cremer an, daß er tatsächlich über einen Spendenbeitrag verfügt habe, der den entsprechenden Betrag überbricht habe; er will aber das überstehende Geld für Wohlfahrtszwecke und Darlehen verwandt haben, wenn auch zugunsten von Leuten, deren Namen er nicht angeben dürfe. . .

## Explosion durch Blitzschlag

In einer chemischen Fabrik eines Ortes bei Lyon hat sich am Dienstag nachmittags infolge Blitzschlag eine heftige Explosion ereignet. Durch das entsetzende Feuer wurde das Fabrikgebäude fast völlig zerstört. Zwei Arbeiter wurden getötet, sechs leicht verletzt. Auch einige Nachbargebäude haben unter der Explosion gelitten.

## Raubüberfall in einer Essener Konsumantstalt

Unmittelbar nach einem schweren Gewitter drangen plötzlich zwei unbekannte junge Burschen im Alter von 22 bis 23 Jahren in den Laden der Konsumantstalt „Wohlfahrt“ in Essen, in welchem sich nur die zwei Verkäuferinnen befanden. Während der eine hinter die Theke trat und die Ladenkasse ergriff, sprang der andere mit vorgehaltener Schusswaffe auf den Laden ein und schrie die Verkäuferinnen an: „Ich schreie Sie wieder, wenn Sie schreien! Ich will das ganze Geld haben!“ Die nicht abgeschlossene Kasse wurde aufgerissen und ein Betrag von etwa 45 Mark geraubt. Dann verließen die Räuber den Laden und fuhren auf ihren Fahrrädern davon.

## Mörder rast mit dem Motorrad in den Tod

Der SA-Führer Otto Stier in Darmstadt, der vor einiger Zeit zwei Kommunisten erschossen hat, ohne entsprechend verurteilt zu werden, ist in der Nacht zum Dienstag vom Schicksal ereilt worden. Stier fuhr mit einem Motorrad, mit einer Beifahrerin, mit hoher Geschwindigkeit auf einen vorchristmässig fahrenden Bauernwagen auf, daß Motorrad und Wagen in Trümmer gingen. Die Mitfahrerin war sofort tot. Stier und der Führer des Bauernwagens erlitten schwere Schädelverletzungen. Stier, dem der Unterkiefer und ein Auge herausgerissen waren, ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

## Schülerelbstmord

In Königsberg hat sich gestern ein 17-jähriger Oberschuljunker namens Günther Kiaulens auf dem Schulwege erschossen. Wie aus einem nachgelassenen Briefe hervorgeht, dürften Schulorgen das Motiv zur Tat gewesen sein.

## Sech Minuten Eklat

Im Berliner Eklat-Prozess fand am Dienstag wieder nur eine zehn-Minuten-Verhandlung statt. Der Vorsitzende erklärte, daß er über die Gründe dieser kurzen Verhandlungen noch nichts näheres sagen könne. Staatsanwaltschaftsrat Weigensberg legte sein Plädoyer fort.

## Blitzschlag tötet zwei Brüder

Bei einem schweren Gewitter wurden auf dem Felde zwischen Gernsheim und Hahn in Hessen zwei Brüder, Heinrich und Philipp Böhler, vom Blitz erschlagen. Ein dritter Bruder wurde behaibt.

## Giftmord-Prozess

Vor dem Schwurgericht Guben wird augenblicklich gegen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter verhandelt, die angeklagt sind, den achtjährigen Sohn Hans-Georg des Lehrers Ziehm vergiftet zu haben. Frau Ziehm wird auch des verurteilten Mordes an der Frau ihres früheren Geliebten und der Verleitung zum Meicid beschuldigt. Die Angeklagten bestreiten das Verbrechen.

## Keine Spur von Bertram

Ein holländischer Zerstörer, der die australischen Küstengebiete und das ihnen vorgelagerte Meer nach dem verschollenen deutschen Flieger Bertram hat, meldet heute in einem Funkpruch, es sei ihm nicht gelungen, irgendeine Spur von Bertrams Zerstörerflugzeug oder von dem Piloten und seinen drei Begleitern zu finden.

## Gurken anstelle von Zerstörer

Wie aus Indien gemeldet wird, werden in Zukunft in den Staatsdepots von Cochin auf Grund eines offiziellen Befehls des Staats-Vorkars Gurken statt Zerstörer und Zerstörer geordert werden. Diese Neuordnung wird mit Interesse der Sparsamkeit und Menschlichkeit motiviert. Den Gurken werden ebenso, wie das bisher mit dem Geflügel und Ziegen gesah, die Köpfe abgehauen.

## Sensationen vor 300 Jahren

Moralisten unserer Zeit verjümen keine Gelegenheit, die Sensationslustigkeit unseres Jahrhunderts zu zerkleinern. Mit Recht weisen sie auf die verheerenden Wirkungen der sogenannten Boulevard-Presse hin, die sich der niedrigen Gefühle der Menschen im Kluge bemächtigt. Doch die Ethiker unseres Jahrhunderts kämpfen den Kampf Don Quichottes gegen die Windmühle. Sie scheinen zu vergessen, daß die Sucht nach Neuem, Aufregendem nicht weniger alt ist als die Menschheit selbst. Die Sensationsberichterstattung ist keine Erfindung der jüngsten Zeit. Ihre Form war früher nur primitiver, indem sie sich mangels besserer Möglichkeiten bis zum 18. Jahrhundert der Nachrichtenübermittlung von Mund zu Mund und der brieflichen Mitteilungen an Verwandte, Bekannte und Auftraggeber bedienen mußte. Den ersten gewaltigen Umschwung darin brachte die Erfindung der Buchdruckerkunst. Nun waren die Dämme durchbrochen: die Zeit der Geburt der Zeitung war nahe gerückt. Die Druckerkunst allein hätte freilich noch lange nicht ausgereicht, um die junge Institution der Zeitung am Leben zu erhalten. Im Anfang des 18. Jahrhunderts erfolgte dann aber eine regelmäßige und schnelle Beförderung durch die Einrichtung der Pariser Auklerrie, die zum ersten Male mit Pferdewechsel von Station zu Station die Niederlande, Deutschland, Österreich, Frankreich und Spanien durchzogen und die Verbreitung der ersten abgedruckten Nachrichtenblätter unter dem Namen „Zeitung“ bewerkstelligten. Diese Posteinrichtung war die mächtigste Geburtsheiferin bei der Entstehung des Zeitungswesens.

Es ist daher kein Zufall, daß die ersten Zeitungsverleger und Journalisten Postkutschiers und Postmeister waren, die bei ihren Kurierfahrten Gelegenheit hatten, die neuesten Nachrichten von überall her zu sammeln und der Öffentlichkeit mitzuteilen. Bald jedoch traten Winkel- und wandernde Buchdrucker in Erscheinung. Mit Vorliebe druckten sie Zeitungen und Flugblätter an Orten, wo sie aukaufen, Geschäfte machen zu können. Sie gingen aufs Land, besuchten die Jahrmärkte und Kirchweihen und verkauften dort ihre Erzeugnisse, sie anreizend und die oft erlogenen, meist aber grenzenlos übertriebenen Neuigkeiten laut ausruhend, für ein paar Kreuzer. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren diese Zeitungen und fliegenden Blätter derart massenhaft verbreitet und hatten eine solche Bedeutung im Volke erlangt, daß sie, zumal da sie oft den Interessen der Regierenden und Behörden entgegenliefen, polizeilich verfolgt wurden, weil „Mißtrauen, Empörung und Unheil im Heiligen Reiche zu befürchten sei“. Papst Leo X. erließ bereits 1515 eine Bulle gegen den Mißbrauch der Presse. Einige Jahre darauf, 1524, wurden in den Reichsstädten die Zensurverbote erlassen, und im Jahre 1530 führte auch Karl V. in Augsburg die Zensur ein.

Die Zensurverbote blieben auf die Entwicklung des jungen Zeitungswesens nicht ohne Wirkung. Auf der einen Seite verurteilten sie eine fast gänzliche Farklosigkeit der privilegierten Zeitungen. Andererseits halfen sie einem neuen Gewerbe, dem der Kolsortage, auf die Beine, die durch das Verbot begünstigt und vom Buchhändler, Hausierer, Krämer, Säger und Reimenprediger auf den Weisen, in Läden und Trinkstuben betrieben, einen reichenden Absatz fand und lohnenden Gewinn brachte. — Und was für Druckprodukte verkauften diese ersten Kolsortage-her Geschäfte? Zunächst Flugblätter über Mißgeburten, Feuersbrünste, Himmelserscheinungen; es gab Räuber-geheimnisse, Hinrichtungen, Wunderhistorien, Schauermärchen von alten Weibern, die verbrannt, von Dieben, die gehängt wurden. Ueberhaupt alles, was sich nur aufschreiben und drucken ließ, wurde zu einer „Neuen Zeitung“, „Relation“, „Bericht“, „Erzählung“ — wie die Bezeichnung damals hieß — verarbeitet. Dattien sich einige burstige Bauern in der Schenke berauscht und waren auf dem Heimwege verunglückt, so war auch dies eine Zeitung wert und möglicherweise noch dazu eine in Versen. Es war nichts Klein, nichts geringfügig genug, das nicht, wenn eine Druckpresse in der Nähe war, zu einer Zeitung hätte verwendet werden können. Was sonst nur im unmittelbaren Verkehr als Aushängeschilder von Mund zu Mund und viellecht nur die Neugier eines einzelnen Dorfes beschäftigte, das wurde jetzt durch den Zauber der Zeitung eine allgemeine Beschäftigung aller Neugierigen, ein Trost aller Mühsiggänger, eine ergötliche Ablösung der langen Winterabende: eine Sensation. In einer Zeit, als die regelmäßig erscheinenden Zeitungen nur halbjährlich, monatlich und wöchentlich und ganz zuletzt täglich erschienen (die erste Tageszeitung in Deutschland erschien erst am 1. Januar 1811 in Frankfurt am Main), bedeuteten diese Flugblätter gleichwohl die Presse, die Boulevard-Presse von damals. Diese Neuigkeiten waren unendlich trivial, aber sie sind einmal, wie sie auch sein mögen, die Unterhaltung des Volkes gewesen. An diesen elenden Letztern, diesen elenden Zeichnungen, den ersten Gestaltungen der Sensations-Berichterstattung, haben Jahrhunderte hindurch die Augen des Volkes gehangen; wie die Bibel die geistliche, so waren diese Zeitungen die weltliche Lektüre. Was hatten die Leser auch von den privilegierten Zeitungen, die trostlose politische und Handelsnachrichten brachten, über Entdeckungen, gelehrte Sachen“ berichteten und Familiennachrichten veröffentlichten? Was sollten sie mit den politischen Zeitungen, die die merkwürdigsten Vorkommnisse, die nachgehenden interessanten politischen Ereignisse teils aus Furcht vor den Folgen einer einschlässigen Parole, teils wegen der bestehenden Zensur entweder verschwiegen oder ohne jeglichen Kommentar so hölzern darstellten, daß sie in den breiten Massen nicht das geringste Interesse erweckten? Das Flugblatt war dagegen heimlicher Beiden: Mord und Todschlag, Feuersbrunst und Hagelwetter, Furcht und Aberglauben gaben der Fantasie zu tun, indem sie zugleich die harten Herzen erheiterten und jenes Gemisch von Grauen und Wohlgefallen hervorbrachten, das kein Ding der Welt zu erlösen vermöchte.

Diese „Neue Zeitung“ — „Relation“ — „en u. m.“, also waren die älteste Form des deutschen Journalismus. Ihrem Inhalt nach scheiden sie sich in politische, historische und Lokal-Relationen. Die letzteren lebten sich an die Zufälligkeiten des täglichen Lebens, an lokale Ereignisse, häusliche Abenteuer an, während die andern die großen Geschehnisse der Geschichte behandelten. Immer betrafen aber diese Relationen je weils nur ein einziges Ereignis, und diese Form der Berichterstattung lebte weit über die Anfänge der regelmäßig, zunächst ab 1615 wöchentlich, erscheinenden Zeitungen hinaus und verlor außer ihrem Namen fast bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nichts an Bedeutung.

Interessanter dürfte noch eine Charakteristik der Leute, die diese Relationen sensationellsten Charakters schrieben, also als die ersten Sensations-Reporter anzusehen sind. Wir erwähnten bereits, daß die Jahrmärkte und Messen von Winkelbrüdern überflutet wurden, die dort ihre Proklamatorie meist im Geheimen, da sie für den Druck keine Privilegierung hatten, triebten. Diese unzulässigen Flugblätter waren auch meistens von den Druckern selbst verfaßt, wie wahrhaftig auch diejenigen, die in den Ortschaften, Läden und Trinkstuben angeboten wurden, der Hand der eigenen Geschäfte darstellten. Bei unzulässigen Flugblättern dagegen waren meist sehr angehende Männer die Autoren: der Stadtsekretär, der Pfarrer und ähnliche Namen von Kredit und ansehnlichem Rang. Besonders die Pfarrer dürften meist die arbeitsamsten Geschäfte, dem Zeitungswesen verbunden mit einer moralischen Tendenz und nahmen die von ihnen berichteten Geschehnisse zum Anlaß, um diese die Sündhaftigkeit von Mißgeburten als göttliche Strafe und Sühne anzusehen.

Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, hat sich die moderne, ins Gigantische gewachsene Zeitung die Welt erobert. Und bereits in ihrer primitivsten Form hat sie als ihre eminenteste Aufgabe die Unterhaltung des Lesers erkannt, ihm die neuesten Ereignisse mit der Kunst des In-Atem-Haltens darzubieten, die Geschehnisse so lebendig und farbenreich zu schildern, daß er davon mitgerissen wurde. In diesem Punkte hat sich das Gesicht der Zeitung seit 300 Jahren am wenigsten verändert. Nikolaus Kranzsch.

## Das Ausland lobt den Bücherkreis!

Eine der führenden französischen Literatur-Zeitschriften ist die in Lille erscheinende akademische „Revue Germanique“. Sie beachtet und beurteilt umfassend und mit größter Gewissenhaftigkeit das deutsche Schrifttum. So wie der Bücherkreis selbst als Verleger bestrebt ist, die Wirklichkeit in der germanischen Welt in seine Verlagswerke deutscher und ausländischer Autoren einzufangen, so bemüht er sich selbstverständlich auch, das, was er hier in vielfältiger mühsamer Verlagsarbeit anschaufelt, über die Grenzen hinaus an aufnahmebereite Leser heranzubringen.

Mit großer Freude können wir heute mitteilen, daß die Verlagsproduktion des Bücherkreises im vergangenen Jahre von der Redaktion der „Revue Germanique“ für so bedeutend gehalten wurde, daß sie an die Spitze einer Jahres-Rückschau über den deutschen Roman im Jahre 1931 gestellt wurde. Auf drei Seiten im Großquartformat wird über folgende Bücher geschrieben:

1. Hermann Müller-Franken: Die November-Revolution.
2. Otto Mänchen-Selken: Reiten ins asiatische Tuwa.
3. Oskar Wöhrle: Der Baldamus und seine Streiche.
4. Franz Jung: Hausierer.
5. Karl Schröder: Familie Martert.
6. Otto Bernhard Wendler: Laubentolonie Erdenglüd.
7. Oskar Wöhrle: Jan Sus — Der letzte Tag.

Der zur Verfügung stehende Raum gestattet eine vollständige Wiedergabe des Artikels nicht; aber auch so dürfte das nachfolgende alleseitige Interesse begegnen.

Einsleitend stellt der Verfasser fest, daß „der Roman mehr und mehr durch nicht zu seinem Wesen gehörige Elemente überflutet wird“. Er versteht darunter offensichtlich, daß die heutigen Romanautoren sich in ihren Werken bemüht zu einer bestimmten Weltanschauung bekennen respektive mit ihnen bestimmte Absichten (Tendenz) verfolgen. Er teilt weiter mit, daß er zunächst „über solche Werte“ sprechen wird, die sich näher oder fernher mit dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland beschäftigen“. Dabei will er auch einige Werke eben dieser Verlage heranziehen, in denen die oben erwähnten Nebenabsichten nicht so deutlich in die Erscheinung treten.

Als erstes Buch werden die „wertvollen“ Erinnerungen von Hermann Müller-Franken: „Die November-Revolution“, herangezogen. „An diesem Dokument aus erster Hand sind bemerkenswert die Bescheidenheit seines Verfassers, die Klarheit der Darstellung und der Wert der erstmalig mitgeteilten Tatsachen. Man wird daraus den Schluss ziehen müssen, daß die Sozialdemokratie nur deshalb auf die völlige Durchführung der Grundzüge verzichtet hat, um sowohl die Anarchie als auch die Errichtung einer Diktatur zu verhindern. Hermann Müller bemüht sich nach-

## Wiederfinden

Ist es möglich! Stern der Sterne,  
Drück ich wieder dich ans Herz!  
Ach, was ist die Nacht der Ferne  
Für ein Abgrund, für ein Schmerz!  
Ja, du bist es, meiner Freuden  
Süßer, lieber Widerpart;  
Eingedenk vergangner Leiden,  
Schaud'r ich vor der Gegenwart.

Als die Welt im tiefsten Grunde  
Lag an Gottes ew'ger Brust,  
Ordnet' er die erste Stunde  
Mit erhab'ner Schöpfungslust,  
Und er sprach das Wort: Es werde!  
Da erklang ein schmerzlich Ach!  
Als das All mit Nachtgebürde  
In die Wirklichkeiten brach.

Auf tat sich das Licht: so trennte  
Scheu sich Finsternis von ihm,  
Und logisch die Elemente  
Scheidend auseinanderflogen,  
Rasch, in wilden, wüsten Träumen  
Jedes nach der Weite rang,  
Starr, in ungemessnen Räumen,  
Ohne Sehnsucht, ohne Rang.

Stumm war alles, still und do,  
Einjam Gott zum erstenmal  
Da erschuf er Morgenröte,  
Die erbarmte sich der Qual;  
Sie entwickelte dem Irben  
Ein erklingend Farbenspiel,  
Und nun konnte wieder lieben,  
Was erst auseinanderfiel.

Und mit eifrigem Bestreben  
Sucht sich, was sich angehört;  
Und zu ungemessnem Leben  
Ist Gefühl und Blut getehrt.  
Sei's Ergreifen, sei's Kaffen,  
Wenn es nur sich faßt und hält!  
Was braucht nicht mehr zu hoffen,  
Wir erschaffen keine Welt.

— mit morgenroten Flügeln,  
Flug es mich an deinen Mund,  
Und die Nacht mit sanftem Singeln  
Nimmst mich heranzieh den Mund  
Und ich bin mit dir im Bunde  
Hauptstadt in Freud und Qual,  
Und ein zweites Wort: Es werde!  
Trennt uns nicht zum zweitenmal.

Goethe.

zuweisen, daß dieses Verhalten nicht ein Abhandeln bedeuten, sondern die einzig richtige Haltung (la vraie sagesse) darstellt. Aus Otto Mänchen-Selkens „Reise ins asiatische Tuwa“ hebt der Verfasser der Rückschau hervor, „die von der Bevölkerung der russischen Kolonisation“ hervor, „die von der Bevölkerung einigermassen gutwillig ertragen werde.“ Dann folgen die Ausführungen über die oben aufgeführten Romane des Bücherkreises. Es ist dem Verfasser nicht entgangen, daß sie etwas anderes darstellen als die übliche Unterhaltungslektüre. Er sagt ausdrücklich: „Sie sind für die soziale (gesellschaftliche) Erziehung des deutschen Volkes bestimmt. Jedoch haben die Verfasser nicht allzu sehr erzieherische Tendenz betont.“ Es ist erjuntlich, in wie hohem Grade er in seinen Ausführungen über die Bücherkreise-Romane zum Kern der Dinge, zum Wesentlichen vordringt. Man möchte deutsche Resenienten von ihm in dieser Beziehung etwas lernen.

Von der Neuauflage des „Erfolgromanes: Der Baldamus und seine Streiche“ von Oskar Wöhrle wird der Hauptzweck nur eine Inhaltsangabe gegeben. Er stellt sich ausdrücklich fest, daß Wöhrle von der Fremdenlegung „eine phantastische, humoristische und nicht allzu düstere Schilderung entworfen hat“. — Der nächste Roman ist „Hausierer“ von Franz Jung. „ebenfalls amüßant zu lesen, aber angereicherter in der Haltung. Der Autor hat auf alle Moralpredigten verzichtet. Rahmen der Geschichte einer Zollschleife an der polnischen Grenze hat er mit großem Können alle Elemente eines Kriminalromans vereinigt. Die komische Handlung schreitet fort, behaftet jori. Aus der mitunter überfließenden Fülle an Details tauchen die verschiedensten Typen auf. Die pessimistische Grundhaltung des Buches ist schmachtend geworden durch seine komische Würze, die es lesbar macht.“ — Karl Schröder, „Familie Martert“, wird zuerst etwas zu allgemein als Joka-Schiller charakterisiert. Die eigentlichen Ausführungen über den Roman jedoch zeigen, daß er mit großem Verständnis für die Absichten seines Verfassers gesehen worden. Zwei Themen werden in den Vordergrund gestellt: einmal die Auflösung der Kleinbürgerfamilie, weiterhin die Rolle des Nationalsozialismus. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die sich bei manchen Zweifeln an der Widerstandskraft und Antriebskraft des Sozialismus, „In diesem Augenblick dringt der Glaube an den Nationalsozialismus als drastisches Alibi ein. In seinem Gefolge von Gemakkt und Wurd in die Familie ein. Lebhaft und brutal geformte Handlung Karl Schröders hebt Mitglieder ein und derselben Familie gegeneinander, durch die entgegengesetzten feindlichen Kräfte hin- und hergezerrt wird. Der Schlusseindruck wäre beinahe völlige Sinnlosigkeit, wenn nicht ein junges Mädchen, klar im Bewußtsein als seine Umachung, seinen Glauben an die Zukunft des Volkes erhalten wüßte. Dieser Roman beleuchtet mit akstem Ton die heutige Gärungen in der Tiefe und verhilft zum Verständnis für das Aufstöhnen, das sich an der Oberfläche bemerkbar macht.“ — „Eine ruhigere Atmosphäre, viellecht weil in Smolensk nicht Berlin ist, herrscht — angenehm für den Leser in Otto Bernhard Wendlers „Laubentolonie Erdenglüd“, einem proletarischen Roman, der zugleich ein distantes Bild von der Schreibezeit darstellt. Dabei gibt sich der Autor seinem oberflächlichen Optimismus hin: sein Arbeitslohn, unterliegt den Berühmungen der Beschäftigungslosigkeit, verläßt für eine lustige Witze in der Nachbarstadt seine in der Nachbarstadt verbrauchte Frau.“ Nach einer weiteren eingehenden Inhaltsangabe folgen die Schlussbemerkungen: „Eigentlich ist in die demokratisierende Arbeitslosigkeit... Endlich findet eine Gelegenheitsarbeit bei einem Bauern und kehrt zu seiner Frau, die auf ihn gewartet hat, zurück. Die freundliche Stimmung des Dichters läßt uns diesen glücklichen Ausgang akzeptieren.“ — Auch das letztsprachene Buch, Oskar Wöhrles gesellschaftlicher Roman „Jan Sus — Der letzte Tag“ hat gefallen. Als für ihn — gegenüber früheren Sus-Romanen — charakteristisch wird hervorgehoben, daß bei Wöhrle die Ferne des Sus nicht als tschechischer Nationalheros gezeigt wird, sondern daß sie hier nicht mehr als der Mittelpunkt ist, um den sich einem entseelten Totentanz die Bevölkerung einer mittelalterlichen Stadt, die Wäter des Königs, Ritter, Bettelsohl, Hur und schließlich der machtlose Kaiser Sigismund drehen.“ Das gesellschaftliche Leben einer Stadt im ausgehenden Mittelalter so heißt es — war für Wöhrle das eigentliche Thema.

## Neue Lehrgänge an der Arbeiterwirtschaftsschule Peterswaldau

Vom 3. Oktober 1932 bis 30. Juni 1933 hält die Arbeiterwirtschaftsschule Peterswaldau ihren dritten Hauptlehrgang ab. In der Zeit vom 15. August bis 2. September und vom 6. bis 24. September gehen diesem Hauptlehrgang zwei vorbereitende Schulungskurse voraus.

Das Ziel der Schule ist die gründliche Ausbildung der jungen Arbeiter und Angestellten in wirtschaftlichen und politischen Fragen. Aktive Mitglieder aller Richtungen und Zweige der Arbeiterbewegung sollen sich hier das theoretische Rüstzeug für die Erfüllung ihrer praktischen Aufgaben sowie die Übernahme von öffentlichen Verantwortungen aller Art erwerben können. Hauptunterrichtsgebiete sind: Staat, Verwaltung, Geschichte der Arbeiterbewegung; Wirtschaftslehre, Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftspolitik; Arbeitsrecht, Finanzpolitik und Kommunalpolitik; Sozialpolitik und Sozialversicherung. Dazu kommen rechnerische und statistische Lehrgänge.

Das Schulheim, das Platz für die Aufnahme von jeweils 26 Schülern bietet, vereint Lehrer und Schüler zu gemeinsamem Leben und Arbeiten. Das Heim liegt am Ostabhang des Guldgebirges in wunderschöner Lage. Es ist von Breslau aus in drei Stunden mit der Bahn zu erreichen. Saubere und zweckmäßig eingerichtete Arbeits- und Wohnräume bieten die Gelegenheit für gründliche und ernste Arbeit.

In den Hauptlehrgang können nur Bewerber aufgenommen werden, die an einem vorbereitenden Schulungskurs teilgenommen haben. Die vorbereitenden Schulungskurse stellen in sich geschlossene Lehrgänge dar, die jeweils besonders aktuelle Fragen der Wirtschaft und Politik behandeln und außerdem eine Einführung in die Grundlagen der geistigen Arbeit geben.

Aufgenommen werden junge Arbeiter und Angestellte im Alter von 20 bis 28 Jahren. Bewerbungen um Aufnahme in einen der vorbereitenden Schulungskurse sind an die Arbeiterwirtschaftsschule Peterswaldau u. Guldgebirge, Es wird empfohlen, sich möglichst frühzeitig dorthin zu wenden. Von den Lehrgängen werden auch Anfragen aller Art gern beantwortet.